



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 26

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 27. Juni 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets wöchentlich einzufenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Leisten die deutschen Gewerkschaften Kulturarbeit oder nicht?

I.

„Von der Parteien Haß und Günst getragen, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Dieses Wort, das Schiller seinem Drama „Wallenstein“ voraussetzt, kann man auch auf die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung anwenden. Das Wesen und das Wirken unserer Gewerkschaften wird ganz verschieden beurteilt von Freunden und Gegnern. Es gibt Leute aus bürgerlichen Kreisen, die des Lobes voll sind, wenn sie sich eingehend mit der gewerkschaftlichen Arbeit beschäftigen haben, und es gibt Leute, die sie in Grund und Boden verdammen, ohne sich auch nur der Nähe unterzogen zu haben, sie kennen zu lernen. Weil es sich hier um Interessenvereinigungen handelt, die ihren Mitgliedern Vorteil zu verschaffen suchen, schreiben die Unternehmer, die von diesem Streben Nachteile befürchten, Zeter und Mordio. Besonders heftig ist der Wortstreit entbrannt um die Frage, wie die Arbeit der Gewerkschaften vom Gesichtspunkte der Kultur aus zu beurteilen ist.

Alle unparteiischen Beurteiler stimmen darin überein, daß die deutschen Gewerkschaften sehr viel getan haben, um die Arbeiter auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben. Durch die wirtschaftliche Hebung, die eine Folge der gewerkschaftlichen Kämpfe ist, ist die Vorbedingung eines geistigen und moralischen Aufstiegs geschaffen worden, der hinwiederum durch allerlei Veranstaltungen und Einrichtungen gefördert wird. Ein genauer Kenner unserer Gewerkschaftsbewegung, der sich mit ihr seit Jahren theoretisch und praktisch beschäftigt hat, der Professor Dr. Gerhard Kessler aus Jena, hat vor kurzem auf der Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform einen Vortrag gehalten, der sich mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Unternehmertum beschäftigte. Der Redner spendete den modernen deutschen Gewerkschaften ein großes Lob, was er damit begründete, daß er sagte, sie seien weit über Deutschlands Grenzen hinaus vorbildlich geworden durch die Straffheit ihres Aufbaues, durch die Gewissenhaftigkeit ihrer Verwaltung, durch ihre unermüdete Fürsorge für ihre Mitglieder und durch ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit an ihren Mitgliedern. Es sei den Gewerkschaften zum Ruhme anzurechnen, daß sie die Arbeiter vor dem Syndikalismus, vor dem Unfug der Sabotage und vor der direkten Aktion bewahrt und daß sie in Deutschland das beste Tarifwesen der Welt ausgebildet hätten. Dann fuhr er wörtlich fort: „Die deutschen Gewerkschaften haben eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet und leisten sie, ohne daß ihnen jemand dafür dankt. Und trotzdem schweben sie rechtlich in der Luft, sie stehen in rechtlicher Beziehung schlechter da als jeder kleine Regelverein. Sie werden von der Rechtsprechung hart angefaßt — man will sie sogar unter den Erpressungsparagrafen stellen! — sie werden von den Behörden schikaniert, von den mächtigen Unternehmerverbänden verfolgt und durch die künstliche Züchtung von gelben Gewerkschaften in ihrer Arbeit gelähmt. Ich bin überzeugt, daß die Behörden, die die freien Gewerkschaften in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen, dadurch nicht nur gegen das Interesse des Staates, sondern auch gegen das des Unternehmertums verstoßen. Ein Staat, der eine organisch gegliederte Bürgerschaft haben will und keinen bunten zusammengewürfelten Haufen von Steuerzahlern, ein Unternehmertum, das Wert legt auf eine disziplinierte Arbeiterschaft, diese beiden sollten gleichermaßen ein Interesse haben an starken gewerkschaftlichen Verbänden.“ Ganz folgerichtig forderte der Redner deshalb, daß die koalitionsfeindlichen Bestrebungen verschwinden müßten,

man müsse das öffentliche Gewissen wecken und ein neues Recht schaffen, das ein wirklich freies, uneingeschränktes Koalitionsrecht gewährleiste. Die Gewerkschaften seien wohl diszipliniert, und wenn für eine ausreichende rechtliche Grundlage gesorgt und eine gerechte Behandlung zur Regel werde, so würden auch alle unerwünschten Begleiterscheinungen wegfallen, die heute noch das Bild der Gewerkschaftsbewegung entstellen. Besonders würden die radikalen Strömungen eingedämmt werden, und die Arbeiter und Angestellten würden sich in die bürgerliche Gesellschaft eingliedern, weil sie sich dort wohl fühlten.

Diese sachgemäßen Ausführungen eines Mannes, der kein Sozialdemokrat, sondern gubürgerlich gesonnen ist, geben die Eindrücke wieder, die unparteiische Kenner und Beobachter der Gesellschaftsbewegung gewonnen haben. Trotzdem sie ganz leidenschaftslos vorgetragen wurden, haben sie doch einen Sturm der Entrüstung in den Reihen der Scharfmacher erregt. Das Urteil des Jenaer Professors kommt diesen Leuten sehr un gelegen, und zwar um so un gelegener, als die gesamte Ausbeuter-sippe: Großindustrielle, Agrarier, Handwerksmeister usw., zurzeit einmütig gegen die freien Gewerkschaften Sturm laufen und auch der Staat seinen Polizeiknüppel drüband erhebt. Deshalb stürzen sich die Scharfmacher-söldlinge wie auf Kommando auf den Verbrecher los, um ihm den Garaus zu machen. Sie schimpfen wie freche Kohrsperlinge über den Professor, den sie einen weltfremden Kathedersozialisten nennen, weil er in jedem Lohnarbeiter einen Menschen ohne Fehl und Makel erblickt. Besonders rechnen sie es ihm zum Verbrechen an, daß er etwa vorkommende Ausschreitungen von Streikenden entschuldigt und gesagt hat, daß überall, auch bei den Unternehmerorganisationen und auf den Erzerkerplätzen, Ausschreitungen vorkämen. Sie machen ihm den Vorwurf, daß er sich ein Urteil erlaube über Dinge, von denen er nicht die Bohne verstehe. Er sitze in seiner Studierstube und sauge sich die Lebensweisheit aus seinem Federhalter.

Witten in ihren Wutanfällen kommt diesen akademisch oder militärisch vorgebildeten Scharfmacher-gefallen plötzlich die Einsicht, daß sie im Grunde genommen von der Gewerkschaftsbewegung auch nicht mehr verstehen, als ein Professor, und darum ziehen sie „die bewährten Männer der Praxis, die in der rauhen Wirklichkeit des Lebens ihre Erfahrungen gesammelt haben“, als Nothelfer heran, damit sie den unlieb-samen Lob-redner der Gewerkschaften zur Strecke bringen sollen. In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ reitet ein Fabrik-direktor Nos die Attacke. Dieser edle Kämpfer scheint sich für ein bedeutendes Kirchenlicht zu halten; denn er behandelt den Professor ziemlich wegwerfend und schlägt gegen ihn einen Ton an, den er sich vermutlich im dienstlichen Verkehr mit seinen Untergebenen angewöhnt hat. Er behauptet, daß die Aeußerung über die Kulturarbeit der freien Gewerkschaften in den Kreisen der Fachleute (lies: Scharfmacher) ein Schütteln des Kopfes hervorgerufen habe, und er richtet die breiteste Frage an Professor Kessler, woher er den Mut nehme, über Sachen zu urteilen, von denen er nicht die blasse Ahnung habe. Er meint, der Herr Professor sei ebenso befähigt, aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Urteil abzugeben, wie er, der Herr Direktor, berechtigt sei, eine naturgetreue Schilderung zu entwerfen von der ibyllischen Gegend des neuerworbenen Kongogebietes, die er niemals gesehen habe. Mit andern Worten, er stellt ihn also als einen unwissenden Menschen hin, der die Dreistigkeit besitzt, ins Blaue hineinzureden. Aber das ist nun einmal unser Unglück, so klagt er, daß ein deutscher Kathedersozialist kein Verständnis hat für die Gesetze, nach denen das wirtschaftliche Leben sich abspielt, und daß er obendrein noch ungehalten wird, wenn er mit seiner Weisheit bei den Männern der Praxis keinen

Beifall findet. Und da ist es wirklich ein Glück, so fügen wir hinzu, daß es noch Männer gibt wie Herrn Nos, die den Professor mit seiner Kathederweisheit mundtot machen.

Im Ernst gesprochen liegt die Sache so, daß Herr Dr. Kessler ein Mann ist, der sich durch langjähriges Studium in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hineingearbeitet hat und der nicht nur mit den wirtschaftlichen Organisationen des Unternehmertums, sondern auch mit denen der Arbeiterklasse genau vertraut ist. Da gehört denn doch wirklich eine große Portion Unverschämtheit dazu, einem solchen Manne jede Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit rundweg abzuspochen. Wodurch, so fragen wir, vermag dieser Herr Nos den Beweis zu erbringen, daß er eine größere Berechtigung hat, über die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu urteilen? Welche Studien hat er außerhalb seiner Fabrik gemacht, um die Organisationsbestrebungen der deutschen Arbeiterschaft kennen zu lernen? Aber selbst wenn er eine größere Sachkenntnis und Erfahrung besäße, als der Herr Professor, was wir bis auf weiteres noch bezweifeln, so würde ihm doch das Haupterfordernis fehlen, um als Richter auftreten zu können, nämlich die Unparteilichkeit und Unbekehllichkeit des Urteilens sowie der feste Wille, ohne Rücksicht auf vorgefaßte Meinungen und unbeeinflusst durch das Klasseninteresse das Für und Wider gerecht abzuwägen. In dieser Hinsicht ist der Herr Professor dem Herrn Direktor sicherlich weit überlegen; denn was für ein Interesse sollte ersterer daran haben, die moderne Gewerkschaftsbewegung zu loben, da er doch im voraus weiß, daß er sich dadurch das Mißfallen der maßgebenden Kreise der Behörden und Unternehmer zuzieht? Was anders könnte ihn dazu veranlassen, als das Interesse, der Wahrheit zu dienen und seiner ehrlichen Ueberzeugung Ausdruck zu geben? Bei dem Herrn Direktor Nos liegt dies Interesse offenbar keineswegs vor, was aus seinem ganzen Auftreten hervorgeht. Sein Urteil ist im höchsten Grade durch Vorurteile und Antipathien getrübt, weshalb er als unparteiischer Beurteiler nicht zu gebrauchen ist. Diese Behauptung wollen wir in einem Schlußartikel nachweisen.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

VI.

Das Verlagsystem und die Manufaktur. Wir haben nunmehr gesehen, wie die notwendigste Voraussetzung zur Ermöglichung kapitalistischer Produktion durch die Bildung großer Geldvermögen im Mittelalter erfüllt wurde und wofür die Betätigung des Kapitals in der gewerblichen Produktion eingingen. Anfänglich war das Kapital im sogenannten Verlagsystem tätig. Verlag bedeutet Vorlage oder Vorschuß. Der Verleger, ein Mann, der Verlag betrieb, schob den Warenproduzenten Geld vor, den Kaufpreis ihrer Produkte oder auch Rohstoffe usw. Die Warenhersteller wurden aber nicht in Betrieben des Unternehmers beschäftigt, sondern sie produzierten in eigenen Werkstätten oder in ihrer Wohnung; es herrschte unter dem Verlagsystem also die Hausindustrie. Der Verleger war nur ein Kaufmann, der mit den Waren, die er hausindustriell herstellen ließ, Handel trieb. Er organisierte nur den Absatz, nicht die Produktion. Seine Arbeiter waren meistens ehemalige Handwerker, die nun, anstatt für einen größeren Konsumentkreis, nur für ihren Verleger produzierten. Ferner wurden auch Lohnhandwerker vom Verleger beschäftigt, die aber jetzt den Rohstoff für ihre Arbeit von ihm und nicht mehr von den Konsumenten erhielten. Anfangs erfreuten sich alle diese „Hausindustriellen“ immer noch einer gewissen Unabhängigkeit. Aber da sie nur

von einem Abnehmer, ihrem Verleger, abhingen, verloren sie allmählich ihre Selbständigkeit und sanken zu einfachen Lohnarbeitern herab. Sie konnten dies auch durchaus nicht verhindern. Von dem eigentlichen Absatz- und Konsumtionsgebiet ihrer Erzeugnisse waren sie weit entfernt oder kannten es überhaupt gar nicht. Ebenso blieben ihnen auch die üblichen Marktpreise ihrer Produkte unbekannt. Dadurch waren sie vollständig in die Hände ihres Verlegers gegeben, der mit ihnen nach Willkür schaltete und walten konnte. Es kam bald soweit, daß der Verleger nicht nur Rohstoffe lieferte, den Preis der Waren im voraus bezahlte, sondern, daß ihm auch die zur Produktion benötigten hauptsächlichsten Werkzeuge gehörten.

Noch heute besteht in Deutschland hausindustrielles Verlagsystem. Wir erinnern nur an die Bürsten- und Nähnfabrikation des Schwarzwaldes, an die Spielwarenindustrie im Thüringer Wald, an die Spitzenklöppelei des Erzgebirges, an die Berliner Hutindustrie usw. Das Glend aller in diesen Gewerbezweigen Tätigen ist ja bekannt und man mag danach ermessen, wie es um den Heimarbeiter des Verlagsystems bestellt gewesen, dem noch nicht einmal die gewerkschaftliche Organisation hilfreich zur Seite stand, wie das doch heute meistens der Fall ist.

Die Produktion unter dem Verlagsystem unterschied sich von der vorhergehenden handwerksmäßigen in gar nichts. Sie stellt die Erzeugnisse, genau so wie vorher, im Handwerksbetriebe her, und ihr hafteten daher auch alle Mängel handwerksmäßiger Produktion an. Der Unterschied gegen früher bestand nur darin, daß nunmehr nur der Verleger von ihr profitierte und die von ihm beschäftigten Handwerker nicht mehr ihr gesichertes Dasein hatten, sondern wie richtige Proletarier von der Hand in den Mund leben mußten. Aber das Kapital begnügt sich nicht mit geringerem Profit, wenn es höheren erlangen kann. Und das konnte geschehen, wenn die Produktionskosten der Erzeugnisse zu erwidrigen waren, entweder durch Einführung arbeitssparender Maschinen oder durch bessere Organisation der Betriebe usw.

Das letztere geschah um die Mitte des 16. Jahrhunderts durch die Einführung der Manufaktur. (Manufaktur ist entstanden aus den beiden lateinischen Wörtern manu und factum, was „mit der Hand gemacht“ bedeutet.) Damit erkennen wir auch schon den Unterschied zwischen der heutigen Fabrik und der Manufaktur. In dieser herrscht die Handarbeit, während in der Fabrik die Maschine der Hauptproduktionsfaktor ist.

Nach Karl Marx können Manufakturen auf doppelte Weise entstehen. Um eine Kutische herzustellen, ist die Arbeit einer großen Anzahl selbständiger Handwerker erforderlich, wie die des Stellmachers, Sattlers, Schmiedes, Malers, Glasers, Tischlers usw. Alle diese Handwerke nun sind in der Kutichenmanufaktur in Arbeitsräumen unter demselben Dache vereinigt. Hier können alle Handwerker Hand in Hand arbeiten. Während eine Kutische fertig lackiert wird, baut der Stellmacher für eine andere das Wagengestell, während der Glaser einer dritten die Fenster einsetzt und der Anstreicher eine im Rohbau fertige grundiert. Da nun alle diese Handwerker immer dieselbe Tätigkeit bei der Kutichenfabrikation ausüben, verlieren sie allmählich die Fähigkeit, ihr gelerntes Handwerk in seinem ganzen, vielseitigen Umfang zu betreiben. Dafür aber steigt ihre Gewandtheit in der Verrichtung der Funktionen, die ihnen bei der Kutichenherstellung obliegen. Sie verrichten diese viel schneller als zur Zeit, da sie auch noch andere Arbeiten ihres Handwerks wie die an der Kutische ausübten. Sie werden zu Spezialarbeitern, die ihre spezielle Tätigkeit bei der Kutichenherstellung mit der größtmöglichen Schnelligkeit und Güte verrichten. Während ursprünglich die Kutichenmanufaktur nur als eine Zusammenfassung verschiedener unabhängiger Handwerke erschien, wurde sie allmählich eine Zerlegung der Kutichenproduktion in eine Anzahl von Teilarbeiten als ausschließliche Beschäftigung geeigneter Arbeiter, die sie nunmehr als Lebensberuf ausübten.

Aber auch auf andere Art ist die Entstehung von Manufakturen möglich. Dasselbe Kapital beschäftigt zum Beispiel viele Handwerker, die alle dasselbe tun, etwa Nadeln anfertigen, in einer einzigen Werkstatt. Jeder Handwerker macht mit einigen Gesellen die zur Herstellung der Nadel erforderlichen Operationen der Reihe nach. Es ist das eine einfache Kooperation, Arbeitsvereinigung, gemeinsame Verrichtung zur Förderung eines Werkes, wie sie uns auch zunächst in der oben geschilderten Kutichenmanufaktur entgegenkam. Nun bekommt plötzlich der Nadelmanufakturist, der Kapitalist, dem die Manufaktur gehört, einen großen Auftrag auf in bestimmter, kurz befristeter Frist zu liefernde Nadeln. Um die Arbeit auch zu schaffen, versucht er es mit einer neuen Organisation der Produktionsweise. Er teilt nicht jedem von ihm beschäftigten Handwerker ein gewisses Arbeitsquantum zu, das dieser in zeitlicher Aufeinanderfolge der einzelnen Produktionsphasen allein fertig machen soll, sondern er gibt vielmehr einer bestimmten Anzahl von Handwerkern den Auftrag für den gesamten Nadelauftrag zu schneiden, einen anderen trägt er auf, ihn zu glühen, während wieder andere ihn härten, polieren, mit Spitzen versehen usw. Aus dem

Produkt eines Handwerkers, der die Nadel allein vom Rohstoff bis zum fertigen Gebrauch herstellte, ist nunmehr ein solches geworden, dessen verschiedene Produktionsabschnitte von verschiedenen Arbeitern ausgeführt wurden. Diese zufällige Verteilung wiederholt sich, zeigt ihre eigentümlichen Vorteile und verknüpft nach und nach zur systematischen Teilung der Arbeit.“ (Marx.) Die Vorteile einer solchen Arbeitsteilung liegen auf der Hand. Dadurch, daß derselbe Arbeiter nur immer einen Teilprozess aus der Nadelherstellung verrichtet, kann er ihn viel schneller und besser betreiben. Infolge seiner Erfahrung macht er weniger Fehler. Er lernt es, seine Arbeit in noch mehr Teilfunktionen zu zerlegen, die wiederum zum ausschließlichen Berufe anderer werden. Maschinen können für einfachere Arbeiten und Handgriffe natürlich viel leichter konstruiert werden als für solche, die sehr kompliziert und schwer auseinanderzuspalten sind. Die Produktivität der Arbeit erhöht sich ungeheuer und damit steigt im gleichen Maße auch der Gewinn des Unternehmers, des Kapitalisten. Alle diese Erscheinungen hat in vorzüglicher Weise Adam Smith in seinem Werke „Der Reichtum der Nationen“ behandelt. Wir können das Studium der Kapitel des ersten Bandes, die über die Arbeitsteilung handeln, sehr empfehlen, zumal, da sie sehr klar und verständlich geschrieben sind.

Um nochmals zu wiederholen: Die Entstehung der Manufaktur geschah auf zweierlei Art: Im ersten Falle bildete sie sich aus der Zusammenballung verschiedener Handwerke zu einem einheitlich geleiteten Betriebe. Die Handwerker werden zu Spezialisten auf bestimmte Arbeiten, die in ihr Handwerk fallen. Im andern Falle entsteht die Manufaktur aus der Kooperation gleicher Handwerke. Diese werden in ihre bestimmten Funktionen zerlegt, die sich dann zum Lebensberuf der sie Ausübenden heranbilden. Die Manufaktur kombiniert also sowohl ehemals voneinander getrennte Handwerke, als sie die Arbeiten bestimmter Handwerke in ihre Einzelverrichtungen zerlegt, sie teilt. Immer aber sind die hauptsächlichsten Produktionsfaktoren Menschen. Und das unterscheidet die Manufaktur streng und genau von unserer modernen Fabrik, mit der sie dagegen die Organisation der Arbeit, die Arbeitsteilung, gemeinsam hat!

Wanderung der Maler nach und von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die amerikanische Wanderungst Statistik ist erst in der jüngsten Zeit so ausgestaltet worden, daß man daraus den Gesamtumfang der Ein- und Auswanderung sowie den Uberschuss der Einwanderung erfassen kann. Wie viele amerikanische Bürger abreisen und wieder zurückkehren, wird in der Statistik zwar seit 1910 angegeben, aber die Berufsgliederung dieser ab- und zureisenden Amerikaner, die keineswegs nur „Vergnügungsreisende“ sind, ist bis heute unbekannt. Auskunft über die Berufsgliederung aller nach Amerika zu- und von dort wieder abwandernden fremden Staatsangehörigen ist für die Jahre 1909 bis 1913 vorhanden, auf die wir uns hier beschränken wollen; vordem wurde nur die Berufsgliederung der eigentlichen Einwanderer dargestellt. Die amerikanischen Behörden teilen nämlich die zu- wie die abreisenden Fremden in je zwei Gruppen ein. Bei den Zureisenden werden unterschieden: erstens eigentliche Einwanderer, die mit der Absicht zu dauernder Niederlassung kommen, und zweitens andere Personen, die entweder in den Vereinigten Staaten bereits ihren dauernden Wohnsitz haben, aber das Bürgerrecht nicht besitzen, oder die nur zu vorübergehendem Aufenthalt kommen, oder die nach andern Ländern durchreisen. Die abreisenden Fremden werden eingeteilt in: erstens Rückwanderer, die in den Vereinigten Staaten ansässig waren und nach ihrer Angabe dieses Land dauernd verlassen, und zweitens andere abreisende Fremde. Bemerkenswert ist, daß auch bei den unter Ziffer 2 zusammengefaßten Zu- und Abreisenden die ungelerten Arbeiter, gewerblichen Arbeiter und häuslichen Diensthilfen stark vorwiegen, gerade so, wie es bei den eigentlichen Ein- und Rückwanderern der Fall ist.

Die Zahl aller fremden Zureisenden betrug 1909: 944 235, 1910: 1 198 037, 1911: 1 030 800, 1912: 1 017 155 und 1913: 1 427 227. Aber alljährlich verlassen auch wieder Hunderttausende von Fremden die Vereinigten Staaten; 1909 waren es 400 392, 1910: 380 418, 1911: 518 215, 1912: 615 295 und 1913: 611 924. Der Uberschuss der zureisenden Fremden bewegte sich zwischen 401 863 im Jahre 1912 und 817 619 im Jahre 1910.

In der Statistik sind die Maler, Anstreicher und Glaser zusammengezogen. Die Angehörigen dieser Berufe bilden zwar nur einen sehr geringen Bruchteil aller zu- und abreisenden Fremden, es ist aber immerhin alljährlich eine stattliche Anzahl von Kollegen an der transatlantischen Wanderung beteiligt. Nach den Vereinigten Staaten zugezogen sind insgesamt 1909: 2607, 1910: 3996, 1911: 4296, 1912: 3467 und 1913: 4653 Maler und Angehörige verwandter Berufe; abgereist hingegen 1909: 918, 1910: 955, 1911: 1052, 1912: 1321 und 1913: 1343. Ver-

glichen mit dem Vorjahre nahm die Einwanderung von Malern in allen Jahren mit Ausnahme von 1912 zu; die Zahl der aus den Vereinigten Staaten abgereisten Maler ist von Jahr zu Jahr ununterbrochen gestiegen.

Der Uberschuss der Zahl der zureisenden Maler betrug 1909: 1694, 1910: 8041, 1911: 8246, 1912: 2146 und 1913: 8810; in allen fünf Jahren zusammen 18 437. Ob der Bedarf nach fremden Arbeitskräften im Maler-, Anstreicher- und Glasergewerbe wirklich so umfangreich war wie dieser Einwanderungsüberschuss, läßt sich nicht mit Sicherheit ermessen. Gewiß ist jedoch, daß die Baugewerbe seit der Krise von 1907 bis 1908 einen sehr bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen hatten.

Die Nationalität in Verbindung mit dem Berufe wird nicht bei allen zugereisten Fremden angegeben, sondern nur bei jenen, die mit der Absicht der dauernden Niederlassung kamen, also den eigentlichen Einwanderern.

Die in den letzten fünf Jahren zu dauernder Niederlassung in den Vereinigten Staaten zugereisten Maler verteilten sich nach ihrer Nationalität wie folgt:

	1909	1910	1911	1912	1913
Deutsche	271	848	869	282	866
Juden	582	1145	1220	976	1428
Briten und Irländer ..	521	804	885	657	777
Italiener	88	144	191	168	218
Polen	48	117	92	68	177
Böhmen	85	26	54	84	62
Anderer Slawen	28	62	84	65	87
Skandinavier	257	447	397	241	358
Franzosen	75	69	81	85	78
Holländer und Flamen ..	75	126	148	102	149
Anderer	116	174	211	338	198
Zusammen	2086	3460	3667	2816	3888

Die eingewanderten deutschen Maler repräsentieren in jedem Jahr nur eine kleine Minderzahl von allen und es ist überdies zu bedenken, daß diese Deutschen nicht allein aus dem Deutschen Reich, sondern aus dem ganzen deutschen Sprachgebiet stammen. Relativ am zahlreichsten waren immer die eingewanderten jüdischen Maler vertreten, von denen man annehmen muß, daß sie größtenteils aus Rußland kamen. Von diesen Juden abgesehen, sind die oft- und südeuropäischen Nationen unter den eingewanderten Malern nicht auffällig stark vertreten, wie es in manchen andern Berufen der Fall ist.

Bei der Ankunft in Amerika werden die Einwanderer unter andern auch nach dem Reiseziel gefragt, doch sind diese Angaben nicht von besonderem Wert, da sie teils ganz willkürlich gemacht werden und weil erfahrungsgemäß viele Einwanderer bald ihren ersten Aufenthaltsort verlassen und weiter nach Westen ziehen. Im Jahre 1913 zum Beispiel gaben von den zu dauernder Niederlassung zureisenden Malern als Reiseziel an die Staaten: New York 1638, (42 pSt.), Illinois 367, Massachusetts 277, Pennsylvania 270, Michigan 237, New Jersey 186, andere Staaten 918. Weitauß der größte Teil der zuwandernden Maler begibt sich nach den nordöstlichen Staaten, wo die größten Städte liegen und die Bautätigkeit am regsten ist. Die Einwanderung nach den Süd- und Weststaaten ist unbedeutend. Es ist möglich, daß nach der Eröffnung des Panamakanals ein größerer Teil der zureisenden Fremden nach dem fernen Westen geht, doch ist wohl zu beachten, daß jenes große Gebiet wirtschaftlich noch sehr rückständig ist und daß dort für viele neue Arbeitskräfte in absehbarer Zeit gar kein Bedarf ist. In den Südstaaten sind die Arbeitsverhältnisse am schlechtesten, einwandernde Bauarbeiter haben dort mit der Konkurrenz der Neger zu rechnen, vor der sie kaum zu bestehen vermögen.

Wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Anforderungen zur Rückgewiesenen oder nach bereits erfolgter Landung ausgewiesen wurden im letzten Jahre 25 517 Einwanderer, verglichen mit 19 529 in 1912, 25 560 in 1911, 27 977 in 1910 usw. F.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

I.

Die Krankenversicherung.

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiterversicherung eine Reihe von Änderungen gebracht, die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse mit denen früherer Jahre schon wesentlich beeinflussen. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind die eingeschriebenen Hilfsklassen und die Landesrechtlichen Hilfsklassen ausgeschieden, da sie fortan, soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den Zwangsstellen zugeführt sind, als keine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit der Privatversicherung gezählt werden. Durch diesen Ausfall der Hilfsklassen aus der Statistik hat sich die Gesamtzahl der Rassen stark vermindert. Während 1911 23 109 Rassen gezählt wurden, bestanden 1912 nur 21 659, ihre Zahl ging also um 1450 zurück. Davon kommen 1256 auf die früheren Hilfsklassen; der Rest verteilt sich auf die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Bauarbeiterklassen. Ihr Rückgang wurde veranlaßt durch Zusammenlegung kleinerer Rassen zu größeren Gebilden. Zur die leistungsunfähigen Jungmänner blieben von dieser zeitgemäßen Konzentrationsstende verschont. Ein Zeichen für den reaktionären Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung beherrscht.

Kollegen! Nehmt jede Gelegenheit wahr, noch fernstehende Berufskollegen aufzuklären und unserm Verbands zuzuführen! Nur eine starke Organisation bürgt für weitere Fortschritte, darum ans Werk, agitiert und organisiert!

Der Rückgang der Krassen ist nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Krassenmitglieder geblieben; diese ist um 401 848, von 18 619 048 auf 18 217 705 gesunken. Auch hier trägt den Hauptteil der Schuld an dem Verlust das Ausschneiden der Hilfskrassen, die allein 987 288 Mitglieder zählten und von denen sicherlich nicht alle den Zwangslisten zugeführt werden konnten. Von den einzelnen Krassenarten haben nur die Baukrassen eine Verminderung der Mitgliederzahl erfahren (von 17 056 auf 18 108), während die übrigen, infolge der Ueberführung eines Teils der Hilfskrassenmitglieder, einigen Zuwachs erhielten, so die Gemeindeversicherung 24 907, die Ortskrassen 840 128, die Betriebskrassen 272 760 und die Innungskrassen 25 091. Die Zusammenlegung der Krassen hat eine geringe Erhöhung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 589 auf 610 im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1802 und bei den Betriebskrassen von 428 auf 455. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fortgesetzt im Wachsen begriffen. Auf je 100 männliche Mitglieder kommen bei allen Krassenarten im Jahre 1911: 89,2, 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krassen nach ihren Leistungen, so macht sich durch die Ausschaltung der Hilfskrassen ein erheblicher Rückgang der fassungsgemäßen Unterstützungsbauer bemerkbar. Die Zahl der Krassen, die länger als 26 Wochen Krankenunterstützung gewährten, ist von 780 (1911) auf 842 (1912) zurückgegangen. Bei den Ortskrassen stieg ihre Zahl von 128 auf 182, bei den Innungskrassen blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Betriebskrassen sank sie von 501 auf 498, während die Gemeindeversicherung und die Baukrassen nicht länger als 26 Wochen unterstützen. Zur Erhöhung der Krassenleistungen hat also die Neuordnung wenig beigetragen. Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hinsichtlich der Krankengeldhöhe, da im Jahre 1911 12,5 pSt. aller Krassen mehr als 50 pSt. des Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912 dagegen dieser Anteil auf 12,8 pSt. stieg. Bei den Betriebskrassen stieg dieser Anteil auf 21,4 pSt., bei der Gemeindeversicherung ging er auf 0,2 pSt. zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederziffern hat sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen eingestellt, die von 5 772 388 auf 5 633 958, also um rund 138 432 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine wirkliche Verminderung der Erkrankungsgefahr handelt, beweisen die Verhältnisziffern; denn auf 100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,6 Erkrankungsfälle und 845 beziehungsweise 849 Krankentage. Die Gesamtzahl der Krankentage beträgt 112 249 064 (1911 115 128 905). Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Sterbefälle (1911 88 827, 1912 82 894, und zwar ist hier der Rückgang auch ein relativer, da auf je 100 Mitglieder 1911 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbefälle entfielen. Hierbei sind indes die Sterbefälle in der Gemeindeversicherung nicht eingerechnet, da diese seither keine Sterbeunterstützung gewährte. Die Durchschnittsdauer eines Erkrankungsfalles mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig geändert; sie betrug wie im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männlichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf 18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage stehen.

Trotz des absoluten Rückganges der Erkrankungsfälle und Krankentage sind die Gesamtausgaben der Krassen von 469 087 205 auf 481 392 169 oder von 84,44 auf 86,42 pro Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Hauptsache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel und Heilanstaltskosten verursacht, die um 5,8 Millionen Mark stiegen, während die Ausgaben für Krankengeld sogar um 2,2 Millionen Mark zurückgingen. So stiegen die Kosten der ärztlichen Behandlung von 83 754 224 auf 85 688 295 oder von 6,15 auf 6,48 pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei und Heilmittel von 53 171 234 auf 54 708 040 oder von 3,90 auf 4,14 pro Mitglied und die Ausgaben für Heilanstaltsunterstützung von 51 357 861 auf 53 553 500 oder von 3,77 auf 4,05 pro Mitglied. Für diese Heilbehandlung mußten die Krassen pro Mitglied 0,87 mehr aufwenden als im Vorjahre. Für Krankengeld wurden dagegen 158 582 976 im Jahre 1911 vorausgibt. Seit dem Jahre 1885 sind die Ausgaben für Arzt, Arzneien, Heilanstalts- und Heilanstaltskosten von 4,77 auf 14,70 oder um 208 pSt., die Ausgaben für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung von 6,22 auf 12,53 oder um 101 pSt. gestiegen. Die Ärzte und Apotheker sind also bei dieser Entwicklung der Arbeiterversicherung wirklich nicht zu kurz gekommen; denn schon übersteigen die Ausgaben für Heilbehandlung die für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbegeld ganz erheblich, und bald werden die Krassen aufgeben, der Sorge für Ärzte und Apotheker so völlig aufzugeben, daß für das wirtschaftliche Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar bleiben. Dann wird man mit größerem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist. Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung sind im Jahre 1911. Es bestanden 159 (im Vorjahre 168) Krassen mit 899 716 (886 598) Mitgliedern. Es wurden 535 621 Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug und 9 243 558 Krankentagen gemeldet, so daß auf jedes Mitglied durchschnittlich 0,6 Krankentage mit 10,8 Krankentagen entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgabten für Krankheitskosten 38 028 230 (pro Kopf 42,26), wovon 5 375 688 für ärztliche Behandlung und 4 356 061 für Heilmittel (zusammen 10,81 für Heilbehandlung pro Mitglied) und 18 315 109 für Krankengelder pro

Mitglied 20,86) daraufgingen. Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen sich auf 43,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 25,26 Millionen Mark. — Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Deutschen Reich betrug etwa 14,1 Millionen.

Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Am Arbeitsmarkt des Baugewerbes hat sich im April dieses Jahres eine weitere günstige Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage eingestellt, so daß der Andrang bereits unter das Niveau der beiden Vorjahre herabgegangen ist. Es kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Monat	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Jan.	251,45	374,00	441,87	499,49	396,68	458,88	530,58	921,72
Febr.	250,89	359,61	648,58	842,27	864,80	857,14	882,68	428,88
März.	126,72	156,02	285,04	157,58	101,00	160,98	261,18	181,08
April.	110,21	159,92	126,36	146,78	128,91	144,44	198,21	185,89
Mai.	108,87	150,97	112,25	182,00	116,34	148,81	212,15	—
Juni.	104,17	147,53	155,79	159,26	124,86	130,46	185,38	—
Juli.	110,18	142,74	147,92	186,57	117,75	189,24	197,50	—
August.	108,80	160,88	180,85	145,29	125,88	148,44	219,41	—
Sept.	88,30	184,60	119,85	184,94	100,98	128,92	168,51	—
Okt.	118,14	185,77	189,70	199,45	141,58	168,80	228,28	—
Nov.	159,20	243,40	176,15	236,11	208,20	252,70	436,71	—
Dez.	216,70	380,74	278,79	277,78	266,82	296,31	542,58	—

Es ist bemerkenswert, daß sich die Andrangsziffer nur noch wenig über den Stand des Jahres 1911 erhebt.

In den wichtigsten Berufsgruppen gestaltete sich die Arbeitsmarktlage in den Monaten März und April 1913 und 1914 folgendermaßen:

Berufsgruppen	Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen			
	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
Maurer, Puzer, Stukkateure	415,45	309,75	277,79	199,54
Zimmerer, Treppenhauer	415,25	286,04	311,99	194,01
Maler, Anstreicher, Lackierer	155,56	117,34	107,97	82,52
Glasler	273,48	278,57	356,22	261,47
Uebrige gelernte Berufe	570,89	392,12	395,87	287,88
Erdbauarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Handlanger	218,72	204,20	210,02	118,18

Alle Berufe weisen eine beträchtliche Verminderung des Andranges gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahre auf. Am Arbeitsmarkt der Maurer, Puzer, Stukkateure usw. prägt sich der beginnende Erholungsprozess bereits recht deutlich aus. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bereits wesentlich gebessert.

Auch bei den Zimmerern und Treppenhauern ist eine bedeutende Besserung der Arbeitsmarktlage zu konstatieren. Der Andrang ermäßigte sich von 311,99 im März auf 194,01 im April.

Am Arbeitsmarkt der Maler usw. ist das Angebot im Reichsbereichsweit ziemlich weit hinter der Nachfrage zurückgeblieben. Die nachstehend genannten Landesanteile weisen eine Senkung des Andrangsniveaus gegen das Vorjahr auf:

Landesteile	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
	Brandenburg	188,03	142,86	83,43
Pommern	220,00	90,48	207,14	82,76
Schlesien	409,72	166,67	867,09	77,04
Sachsen	162,88	141,50	110,13	65,06
Schleswig-Holstein	614,29	287,50	128,29	50,00
Hannover	208,33	93,33	85,56	66,11
Hessen-Nassau	121,55	148,57	158,17	114,75
Rheinland	106,50	90,13	97,07	82,80
Bayern	206,98	130,82	174,72	104,56
Königreich Sachsen	125,61	101,24	99,12	91,78
Württemberg	224,38	171,26	145,71	86,46
Baden	203,27	123,51	117,98	73,80
Hessen	146,94	88,17	163,22	83,58
Saß-Lothringen	266,19	149,27	151,39	73,42
Deutsches Reich	155,56	117,34	107,97	82,52

Etwas verschlechtert hat sich die Situation in folgenden Landesanteilen:

Landesteile	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
	Ost- und Westpreußen	500,00	94,44	416,67
Polen	194,12	115,28	104,25	150,82
Pommern	169,91	—	35,05	60,00
Hamburg	—	—	89,65	78,31

In der Provinz Westfalen war das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im 1. u. d. J. das gleiche wie im vorjährigen Parallelmonat, und zwar:

Landesteil	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
	Westfalen	98,02	62,54	120,98

Lohnbewegungen.

1. Bezirk.

In Strausberg sind bis auf weiteres folgende Werkstellen gesperrt: A. Mahler, P. Jensch, G. Bussack, D. Stademann, J. Selzer. Wir ersuchen, diese Werkstellen zu meiden.

2. Bezirk.

Wensheim a. d. W. Die Differenzen in der Werkstätte 3 o st sind durch die Organisation beigelegt. Jost verlangte eine schriftliche Erklärung, daß die Kollegen innerhalb dreier Tage aus der Organisation austreten sollten, was diese einmütig verweigerten und die ungasliche Arbeitsstätte verließen. Diese einmütige Tat ist umso höher zu bewerten, da die Kollegen erst einige Wochen organisiert sind; deshalb können sie stolz auf ihren ersten Erfolg sein. Galten die Kollegen treu zusammen, dann werden auch in Wensheim endlich bessere Verhältnisse Platz greifen; denn die Löhne stehen weit zurück und die Behandlung ist noch sehr verbesserungsbedürftig. Die größte Schuld tragen die Kollegen selbst durch ihre Langmut. Auch hier wird die alte Erfahrung aufs neue bestätigt, sobald die Arbeiter sich selbst helfen, wenn sie verdächtigt und verfolgt werden, können sie auch bessere Verhältnisse erringen. Als am letzten Montag die Differenzen entstanden, erschien am gleichen Tage in dem Zentrumsblättchen ein Leitartikel: Wie der Fuchs den Enten predigt. Darin wird die religiöse Feindschaft der Gewerkschaften dargestellt und am Schlusse heißt es: „In dem kollektiven Gruß, den J. Hütsch verspricht, „Du sollst froh sein, daß es — noch so gute Menschen gibt.“ — Wenn kommen da nicht die dicken Tränen vor „Mühnung“: Sprach nicht auch der Fuchs so zur Ente, als er ihr schön vorschwätzte und sie dann sprach? Darum Vorlicht vor den roten Agitatoren. Christlicher Arbeiter, spare deine Groschen, die Sozialdemokratie ist der Lohnfeind der Arbeiter.“ In der nächsten Nummer besaß sich die edle schwarze Seele wieder mit der Organisation und schließt: „Unter Hundens schon ist's kund: Sozen sind längst unterm Hund.“ Wie verträgt sich das mit der christlichen Lehre: Tuet Gutes denen die Euch hassen und verfolgen. — Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst, das ist ein Hauptgebot? Coblenz. Der Streit ist beendet, da die Streikenden fast alle bei Unternehmern, die bewilligt haben, in Arbeit getreten sind. Wenn es auch nicht gelingen ist, den Tarif bei allen Unternehmern zur Anerkennung zu bringen, so wurde aber doch ein ganz beachtenswerter Teilerfolg erzielt, denn 33 Unternehmer mit 150 Gehilfen haben den Tarif unterschrieben anerkannt. Bestreikt wurden noch 9 organisierte Unternehmer, die vor der Arbeitsniederlegung 70 Gehilfen beschäftigten.

Die Coblenzer Kollegen haben den achtwöchigen Kampf in ehrenvoller Weise bestanden. Nicht ein einziger organisierter Kollege ist während des Streiks abgefallen. Mit geradezu musterhafter Geschlossenheit haben unsere Kollegen den Kampf geführt. Im Lager der Unternehmer dagegen hat die geschlossene Phalanx einen schweren Stoß bekommen, da eine Anzahl Unternehmer abgefallen ist und den Tarif anerkannte. Wenn nicht nach Pfingsten die Konjunktur in einer Reihe von Städten in Rheinland und Westfalen ganz erheblich zurückgegangen wäre, so würde es den Unternehmern immer noch nicht gelungen sein, von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen. Nur dadurch ist es erklärlich, daß auf die vielen täglichen Inserate in den auswärtigen Tageszeitungen, eine Anzahl Unorganisierter sich verleitete, sich in Coblenz als Arbeitswillige anwerben zu lassen.

Erst in den letzten Tagen suchten die Unternehmer noch 50 Gehilfen in einer auswärtigen Zeitung; ein Zeichen, daß es immer noch ganz erheblich an Arbeitskräften mangelte. An die Qualität der Arbeitswilligen werden die Unternehmer noch recht lange denken; denn einzelne Unternehmer haben noch recht unerquickliche Folgen wegen der von den Arbeitswilligen geleisteten Arbeit zu erwarten. Andererseits werden die Unternehmer noch lange zu tun haben, bis die finanziellen Wunden, die ihnen der Streik zugefügt hat, geheilt sind.

Die Beendigung des Streiks gereicht unserer Organisation nur zur Ehre, weil sie in Würdigung der Verhältnisse mit voller Geschlossenheit diesen Entschluß faßte. Mit dem Bewußtsein, einen hartnäckigen Kampf ehrenvoll geführt zu haben, werden die Kollegen die Arbeit aufnehmen.

3. Bezirk.

Nach Seeste und Sulingen ist Zugang noch weiter fernzuhalten, da die Bewegung noch nicht ihr Ende erreicht hat.

4. Bezirk.

Wald 6. Solingen. Die Werkstelle Caspers ist gesperrt und deshalb zu meiden.

Lackierer.

In der Frankfurter Maschinenfabrik „Framag“ in Großhauheim, Fabrik für Holzbearbeitungsmaschinen, hat die gesamte Arbeiterchaft wegen fortgesetzter Alfordabzüge die Arbeit niedergelegt. In diesem Abwehrkampf sind auch fünf Lackierer beteiligt. Durch strengstes Fernhalten jeglichen Zuguges muß der Firma gezeigt werden, daß sie nicht ungestraft die an und für sich sehr verbesserungsbedürftigen Löhne noch weiter kürzen kann.

Gotha. In der hiesigen Strempiano-fabrik sind sämtliche dort Beschäftigten am 28. Mai in den Ausstand getreten. Zugang ist auch für Lackierer fernzuhalten.

In Halle haben die Arbeiter der Luxuswagenfabrik von J. Rahe & Sohn, bei der auch 65 Kollegen beschäftigt sind, Forderungen für die Erneuerung des am 1. Juli ab-

von einem Abnehmer, ihrem Verleger, abhängen, verloren sie allmählich ihre Selbständigkeit und sanken zu einfachen Lohnarbeitern herab. Sie konnten dies auch durchaus nicht verhindern. Von dem eigentlichen Absatz- und Konsumtionsgebiet ihrer Erzeugnisse waren sie weit entfernt oder kannten es überhaupt gar nicht. Ebenso blieben ihnen auch die allfälligen Marktpreise ihrer Produkte unbekannt. Dadurch waren sie vollständig in die Hände ihres Verlegers gegeben, der mit ihnen nach Willkür schalten und walten konnte. Es kam bald soweit, daß der Verleger nicht nur Rohstoffe lieferte, den Preis der Waren im voraus bezahlte, sondern, daß ihm auch die zur Produktion benötigten hauptsächlichsten Werkzeuge gehörten.

Noch heute besteht in Deutschland hausindustrielles Verlagsystem. Wir erinnern nur an die Bier- und Uhrenfabrikation des Schwarzwaldes, an die Spielwarenindustrie im Thüringer Wald, an die Spitzenstöppelei des Erzgebirges, an die Berliner Gulindustrie usw. Das Gleiche aller in diesen Gewerbebezügen Tätigen ist ja bekannt und man mag danach ermessen, wie es um den Heimarbeiter des Verlagsystems bestellt gewesen, dem noch nicht einmal die gewerkschaftliche Organisation hilfreich zur Seite stand, wie das doch heute meistens der Fall ist.

Die Produktion unter dem Verlagsystem unterschied sich von der vorhergehenden handwerksmäßigen in gar nichts. Sie stellt die Erzeugnisse, genau so wie vorher, im Handwerksbetriebe her, und ihr hafteten daher auch alle Mängel handwerksmäßiger Produktion an. Der Unterschied gegen früher bestand nur darin, daß nunmehr nur der Verleger von ihr profitierte und die von ihm beschäftigten Handwerker nicht mehr ihr gesichertes Dasein hatten, sondern wie richtige Proletarier von der Hand in den Mund leben mußten. Aber das Kapital begünstigt sich nicht mit geringerem Profit, wenn es höheren erlangen kann. Und das konnte geschehen, wenn die Produktionskosten der Erzeugnisse zu erniedrigen waren, entweder durch Einführung arbeitssparender Maschinen oder durch bessere Organisation der Betriebe usw.

Das letztere geschah um die Mitte des 16. Jahrhunderts durch die Einführung der Manufaktur. (Manufaktur ist entstanden aus den beiden lateinischen Wörtern manu und factum, was „mit der Hand gemacht“ bedeutet.) Damit erkennen wir auch schon den Unterschied zwischen der heutigen Fabrik und der Manufaktur. In dieser herrscht die Handarbeit, während in der Fabrik die Maschine der Hauptproduktionsfaktor ist.

Nach Karl Marx können Manufakturen auf doppelte Weise entstehen. Um eine Kutsche herzustellen, ist die Arbeit einer großen Anzahl selbständiger Handwerker erforderlich, wie die des Stellmachers, Sattlers, Schmiedes, Malers, Wäfers, Tischlers usw. Alle diese Handwerke nun sind in der Kutschenmanufaktur in Arbeitsräumen unter demselben Dache vereinigt. Hier können alle Handwerker Hand in Hand arbeiten. Während eine Kutsche fertig ladiert wird, baut der Stellmacher für eine andere das Wagengestell, während der Glaser einer dritten die Fenster einsetzt und der Anstreicher eine im Rohbau fertige grundiert. Da nun alle diese Handwerker immer dieselbe Tätigkeit bei der Kutschenfabrikation ausüben, verlieren sie allmählich die Fähigkeit, ihr gelerntes Handwerk in seinem ganzen, vielseitigen Umfange zu betreiben. Dafür aber steigt ihre Gewandtheit in der Verrichtung der Funktionen, die ihnen bei der Kutschenherstellung obliegen. Sie verrichten diese viel schneller als zur Zeit, da sie auch noch andere Arbeiten ihres Handwerks wie die an der Kutsche ausübten. Sie werden zu Spezialarbeitern, die ihre spezielle Tätigkeit bei der Kutschenherstellung mit der größtmöglichen Schnelligkeit und Güte verrichten. Während ursprünglich die Kutschenmanufaktur nur als eine Zusammenfassung verschiedener unabhängiger Handwerke erschien, wurde sie allmählich eine Zerlegung der Kutschenproduktion in eine Anzahl von Teilarbeiten als ausschließliche Beschäftigung geeigneter Arbeiter, die sie nunmehr als Lebensberuf ausübten.

Aber auch auf andere Art ist die Entstehung von Manufakturen möglich. Dasselbe Kapital beschäftigt zum Beispiel viele Handwerker, die alle dasselbe tun, etwa Nadeln anfertigen, in einer einzigen Werkstatt. Jeder Handwerker macht mit einigen Gesellen die zur Herstellung der Nadel erforderlichen Operationen der Reihe nach. Es ist das eine einfache Kooperation, Arbeitsvereinigung, gemeinsame Betätigung zur Förderung eines Werkes, wie sie uns auch zunächst in der oben geschilderten Kutschenmanufaktur entgegenkam. Nun bekommt plötzlich der Nadelhersteller, der Kapitalist, dem die Manufaktur gehört, einen großen Auftrag auf in bestimmter, kurz befristeter Zeit zu liefernde Nadeln. Um die Arbeit auch zu schaffen, versucht er es mit einer neuen Organisation der Produktionsweise. Er teilt nicht jedem von ihm beschäftigten Handwerker ein gewisses Arbeitsquantum zu, das dieser in zeitlicher Aufeinanderfolge der einzelnen Produktionsoperatoren allein fertig machen soll, sondern er gibt vielmehr einer bestimmten Anzahl von Handwerkern den Auftrag für den gesamten Nadelauftrag zu schneiden, einer anderen trägt er auf, ihn zu glätten, während wieder andere ihn härten, polieren, mit Spitzen versehen usw. Aus dem

Produkt eines Handwerkers, der die Nadel allein vom Rohstoff bis zum fertigen Gebrauch herstellte, ist nunmehr ein solches geworden, dessen verschiedene Produktionsabschnitte von verschiedenen Arbeitern ausgeführt wurden. „Diese zufällige Verteilung wiederholt sich, zeigt ihre eigentümlichen Vorzüge und verknüpft nach und nach zur systematischen Teilung der Arbeit.“ (Marx.) Die Vorteile einer solchen Arbeitsteilung liegen auf der Hand. Dadurch, daß derselbe Arbeiter nur immer einen Teilprozeß aus der Nadelherstellung verrichtet, kann er ihn viel schneller und besser betreiben. Infolge seiner Erfahrung macht er weniger Fehler. Er lernt es, seine Arbeit in noch mehr Teilfunktionen zu zerlegen, die wiederum zum ausschließlichen Verarbeiten anderer werden. Maschinen können für einfachere Verarbeiten und Handgriffe natürlich viel leichter konstruiert werden als für solche, die sehr kompliziert und schwer auseinanderzuspalten sind. Die Produktivität der Arbeit erhöht sich ungeheuer und damit steigt im gleichen Maße auch der Gewinn des Unternehmers, des Kapitalisten. Alle diese Erscheinungen hat in vorzüglicher Weise Adam Smith in seinem Werke „Der Reichtum der Nationen“ behandelt. Wir können das Studium der Kapitel des ersten Bandes, die über die Arbeitsteilung handeln, sehr empfehlen, zumal, da sie sehr klar und verständlich geschrieben sind.

Um nochmals zu wiederholen: Die Entstehung der Manufaktur geschah auf zweierlei Art: Im ersten Falle bildete sie sich aus der Zusammenballung verschiedener Handwerke zu einem einheitlich geleiteten Betriebe. Die Handwerker werden zu Spezialisten auf bestimmte Arbeiten, die in ihr Handwerk fallen. Im anderen Falle entsteht die Manufaktur aus der Kooperation gleicher Handwerke. Diese werden in ihre bestimmten Funktionen zerlegt, die sich dann zum Lebensberuf der sie Ausübenden herausbilden. Die Manufaktur kombiniert also sowohl ehemals voneinander getrennte Handwerke, als sie die Arbeiten bestimmter Handwerke in ihre Einzelverrichtungen zerlegt, sie teilt. Immer aber sind die hauptsächlichsten Produktionsfaktoren Menschen. Und das unterscheidet die Manufaktur streng und genau von unserer modernen Fabrik, mit der sie dagegen die Organisation der Arbeit, die Arbeitsteilung, gemeinam hat!

Wanderung der Maler nach und von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die amerikanische Wanderungsstatistik ist erst in der jüngsten Zeit so ausgestaltet worden, daß man daraus den Gesamtumfang der Ein- und Auswanderung sowie den Ueberschuß der Einwanderung ersehen kann. Wie viele amerikanische Bürger abreisen und wieder zurückkehren, wird in der Statistik zwar seit 1910 angegeben, aber die Berufsgliederung dieser ab- und zureisenden Amerikaner, die keineswegs nur „Vergnügungsreisende“ sind, ist bis heute unbekannt. Auskunft über die Berufsgliederung aller nach Amerika zu- und von dort wieder abwandernden fremden Staatsangehörigen ist für die Jahre 1909 bis 1913 vorhanden, auf die wir uns hier beschränken wollen; vordem wurde nur die Berufsgliederung der eigentlichen Einwanderer dargestellt. Die amerikanischen Behörden teilen nämlich die zu- wie die abreisenden Fremden in je zwei Gruppen ein. Bei den Zureisenden werden unterschieden: erstens eigentliche Einwanderer, die mit der Absicht zu dauernder Niederlassung kommen, und zweitens andere Personen, die entweder in den Vereinigten Staaten bereits ihren dauernden Wohnsitz haben, aber das Bürgerrecht nicht besitzen, oder die nur zu vorübergehendem Aufenthalt kommen, oder die nach andern Ländern durchreisen. Die abreisenden Fremden werden eingeteilt in: erstens Rückwanderer, die in den Vereinigten Staaten anfassig waren und nach ihrer Angabe dieses Land dauernd verlassen, und zweitens andere abreisende Fremde. Bemerkenswert ist, daß auch bei den unter Ziffer 2 zusammengefaßten Zu- und Abreisenden die ungelerten Arbeiter, gewerblichen Arbeiter und häuslichen Diensthofen stark vorwiegen, gerade so, wie es bei den eigentlichen Ein- und Rückwanderern der Fall ist.

Die Zahl aller fremden Zureisenden betrug 1909: 944 235, 1910: 1 198 087, 1911: 1 030 800, 1912: 1 017 155 und 1913: 1 427 227. Aber alljährlich verlassen auch wieder Hunderttausende von Fremden die Vereinigten Staaten; 1909 waren es 400 392, 1910: 330 418, 1911: 518 215, 1912: 615 295 und 1913: 611 924. Der Ueberschuß der zureisenden Fremden bewegte sich zwischen 401 863 im Jahre 1912 und 517 619 im Jahre 1910.

In der Statistik sind die Maler, Anstreicher und Glaser zusammengezogen. Die Angehörigen dieser Berufe bilden zwar nur einen sehr geringen Bruchteil aller zu- und abreisenden Fremden, es ist aber immerhin alljährlich eine stattliche Anzahl von Kollegen an der transatlantischen Wanderung beteiligt. Nach den Vereinigten Staaten zu gereist sind insgesamt 1909: 2607, 1910: 3996, 1911: 4296, 1912: 3467 und 1913: 4668 Maler und Angehörige verwandter Berufe; abgereist hingegen 1909: 918, 1910: 955, 1911: 1052, 1912: 1321 und 1913: 1343. Ver-

glichen mit dem Vorjahre nahm die Einwanderung von Malern in allen Jahren mit Ausnahme von 1912 zu; die Zahl der aus den Vereinigten Staaten abgereisten Maler ist von Jahr zu Jahr ununterbrochen gestiegen.

Der Ueberschuß der Zahl der zureisenden Maler betrug 1909: 1804, 1910: 8041, 1911: 8246, 1912: 2146 und 1913: 8310; in allen fünf Jahren zusammen 18 487. Ob der Bedarf nach fremden Arbeitskräften im Maler-, Anstreicher- und Glaserberufe wirklich so umfangreich war wie dieser Einwanderungsüberschuß, läßt sich nicht mit Sicherheit ermessen. Gewiß ist jedoch, daß die Baugewerbe seit der Krise von 1907 bis 1908 einen sehr bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen hatten.

Die Nationalität in Verbindung mit dem Berufe wird nicht bei allen zugereisten Fremden angegeben, sondern nur bei jenen, die mit der Absicht der dauernden Niederlassung kamen, also den eigentlichen Einwanderern.

Die in den letzten fünf Jahren zu dauernder Niederlassung in den Vereinigten Staaten zugereisten Maler verteilten sich nach ihrer Nationalität wie folgt:

	1909	1910	1911	1912	1913
Deutsche	271	848	869	282	866
Juden	582	1145	1220	976	1428
Briten und Irländer ..	521	804	835	657	777
Italiener	88	144	191	168	218
Polen	48	117	92	66	177
Böhmen	85	25	54	84	62
Anderer Slawen	28	62	84	65	87
Skandinavier	257	447	897	241	358
Franzosen	75	69	81	85	78
Holländer und Flämen ..	75	126	148	102	149
Anderer	116	174	211	898	198
Zusammen	2086	3460	3687	2816	3886

Die eingewanderten deutschen Maler repräsentieren in jedem Jahr nur eine kleine Minderzahl von allen und es ist überdies zu bedenken, daß diese Deutschen nicht allein aus dem Deutschen Reich, sondern aus dem ganzen deutschen Sprachgebiet stammen. Melktiv am zahlreichsten waren immer die eingewanderten jüdischen Maler vertreten, von denen man annehmen muß, daß sie größtenteils aus Rußland kamen. Von diesen Juden abgesehen, sind die ost- und südeuropäischen Nationen unter den eingewanderten Malern nicht auffällig stark vertreten, wie es in manchen andern Berufen der Fall ist.

Bei der Ankunft in Amerika werden die Einwanderer unter anderem auch nach dem Reisziel gefragt, doch sind diese Angaben nicht von besonderem Wert, da sie teils ganz willkürlich gemacht werden und weil erfahrungsgemäß viele Einwanderer bald ihren ersten Aufenthaltsort verlassen und weiter nach Westen ziehen. Im Jahre 1913 zum Beispiel gaben von den zu dauernder Niederlassung zureisenden Malern als Reisziel an die Staaten: New York 1688, (42 pSt.), Illinois 867, Massachusetts 277, Pennsylvania 270, Michigan 287, New Jersey 186, andere Staaten 918. Weit aus der größte Teil der zuwandernden Maler begibt sich nach den nordöstlichen Staaten, wo die größten Städte liegen und die Bautätigkeit am regsten ist. Die Einwanderung nach den Süd- und Weststaaten ist unbedeutend. Es ist möglich, daß nach der Eröffnung des Panamakanals ein größerer Teil der zureisenden Fremden nach dem fernen Westen geht, doch ist wohl zu beachten, daß jenes große Gebiet wirtschaftlich noch sehr rückständig ist und daß dort für viele neue Arbeitskräfte in absehbarer Zeit gar kein Bedarf ist. In den Südstaaten sind die Arbeitsverhältnisse am schlechtesten, einwandernde Bauarbeiter haben dort mit der Konkurrenz der Neger zu rechnen, vor der sie kaum zu bestehen vermögen.

Wegen Nichterfüllung der geschlichen Anforderungen zurückgewiesen oder nach bereits erfolgter Landung ausgewiesen wurden im letzten Jahre 25 517 Einwanderer, verglichen mit 19 529 in 1912, 25 560 in 1911, 27 977 in 1910 usw. F.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

I.

Die Krankenversicherung.

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiterversicherung eine Reihe von Änderungen gebracht, die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse mit denen früherer Jahre schon wesentlich beeinflussen. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind die eingeschriebenen Hilfsklassen und die Landesrechtlichen Hilfsklassen ausgeschieden, da sie fortan, soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den Zwangsklassen angeführt sind, als Heimversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit der Privatversicherung gezählt werden. Durch diesen Ausfall der Hilfsklassen aus der Statistik hat sich die Gesamtzahl der Klassen stark vermindert. Während 1911 28 100 Klassen gezählt wurden, bestanden 1912 nur 21 650, ihre Zahl ging also um 1450 zurück. Davon kommen 1856 auf die früheren Hilfsklassen; der Rest verteilt sich auf die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Bauarbeiterklassen. Ihr Rückgang wurde veranlaßt durch Zusammenlegung kleinerer Klassen zu größeren Gebilden. Nur die leistungsunfähigen Innungsklassen blieben von dieser zeitgemäßen Konzentrationsbewegung verschont. Ein Rechen für den reaktionären Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung beherrscht.

Kollegen! Nehmt jede Gelegenheit wahr, noch fernstehende Berufskollegen aufzuklären und unserm Verbands zuzuführen! Nur eine starke Organisation bürgt für weitere Fortschritte, darum ans Werk, agitiert und organisiert!

Der Rückgang der Rassen ist nicht ohne Einfluss auf die Zahl der Rassenmitglieder geblieben; diese ist um 401 848, von 18 619 048 auf 18 217 705 gesunken. Auch hier trägt der Hauptteil der Schuld an dem Verlust das Ausschleiden der Hilfsklassen, die allein 987 268 Mitglieder zählten und von denen sicherlich nicht alle den Zwangslassen zugeführt werden konnten. Von den einzelnen Rassenarten haben nur die Baukrankenklassen eine Verminderung der Mitgliederzahl erfahren (von 17 058 auf 13 108), während die übrigen, infolge der Ueberführung eines Teils der Hilfsklassenmitglieder, einigen Zuwachs erhielten, so die Gemeindeversicherung 24 907, die Ortskrankenklassen 840 128, die Betriebskrankenklassen 272 750 und die Innungskrankenklassen 26 091. Die Zusammenlegung der Rassen hat eine geringe Erhöhung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 589 auf 610 im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrankenklassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1602 und bei den Betriebskrankenklassen von 428 auf 455. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fortgesetzt im Wachsen begriffen. Auf je 100 männliche Mitglieder kommen bei allen Rassenarten im Jahre 1911: 89,2, 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krankenklassen nach ihren Leistungen, so macht sich durch die Ausschaltung der Hilfsklassen ein erheblicher Rückgang der Leistungsgemäßen unter Berücksichtigung der Dauer bemerkbar. Die Zahl der Rassen, die länger als 26 Wochen Krankenunterstützung gewährten, ist von 790 (1911) auf 842 (1912) zurückgegangen. Bei den Ortskrankenklassen stieg ihre Zahl von 128 auf 132, bei den Innungsklassen blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Betriebskrankenklassen sank sie von 501 auf 496, während die Gemeindeversicherung und die Baukrankenklassen nicht länger als 26 Wochen unterstützten. Zur Erhöhung der Rassenleistungen hat also die Neuordnung wenig beigetragen. Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hinsichtlich der Krankengeldhöhe, da im Jahre 1911 12,5 pSt. aller Rassen mehr als 50 pSt. des Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912 dagegen dieser Anteil auf 12,8 pSt. stieg. Bei den Betriebskrankenklassen stieg dieser Anteil auf 21,4 pSt., bei der Gemeindeversicherung ging er auf 0,2 pSt. zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederziffern hat sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle eingestellt, die von 5 772 888 auf 5 633 956, also um rund 138 482 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine wirkliche Verminderung der Erkrankungsziffer handelt, beweisen die Verhältnisangaben; denn auf 100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,6 Erkrankungsfälle und 845 beziehungsweise 849 Krankheitsstage. Die Gesamtzahl der Krankheitsstage beträgt 112 249 064 (1911 116 128 905). Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Sterbefälle (1911 88 827, 1912 82 894, und zwar ist hier der Rückgang auch ein relativer, da auf je 100 Mitglieder 1911 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbefälle entfielen. Hierbei sind indes die Sterbefälle in der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese seither keine Sterbeunterstützung gewährte. Die Durchschnittsziffer eines Erkrankungsfalles mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig geändert; sie betrug wie im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männlichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf 18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage stehen.

Trotz des absoluten Rückganges der Erkrankungsfälle und Krankheitsstage sind die Gesamtausgaben der Krankenklassen von 4 490 087 208 auf 4 481 892 199 oder von 8,44 auf 8,62 pro Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Hauptsache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel und Heilanstaltskosten verursacht, die um 5,6 Millionen Mark stiegen, während die Ausgaben für Krankengeld sogar um 2,2 Millionen Mark zurückgingen. So stiegen die Kosten der ärztlichen Behandlung von 88 754 224 auf 86 688 295 oder von 6,15 auf 6,48 pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei und Heilmittel von 58 171 284 auf 54 706 040 oder von 8,90 auf 4,14 pro Mitglied und die Ausgaben für Heilanstaltsunterstützung von 51 857 861 auf 53 553 500 oder von 8,77 auf 4,05 pro Mitglied. Für diese Heilbehandlung mußten die Krankenklassen pro Mitglied 0,87 mehr ausgeben als im Vorjahre. Für Krankengeld wurden dagegen 1 160 398 441 (11,88 pro Mitglied) gegen 1 158 592 976 im Jahre 1911 verausgabt. Seit dem Jahre 1885 sind die Ausgaben für Arzt, Arzneien, Heilanstalts- und Heilanstaltskosten von 4,77 auf 14,70 oder um 208 pSt., die Ausgaben für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung von 8,22 auf 12,58 oder um 101 pSt. gestiegen. Die Ärzte und Apotheker sind also bei dieser Entwicklung der Arbeiterversicherung wirklich nicht zu kurz gekommen; denn schon übersteigen die Ausgaben für Heilbehandlung die für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbegeld ganz erheblich, und bald werden die Krankenklassen in der Sorge für Ärzte und Apotheker so völlig aufgehen, daß für das wirtschaftliche Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar bleiben. Dann wird man mit größerem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist. Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung sprechen sich erst auf das Jahr 1911. Es bestanden 159 (im Vorjahre 166) Rassen mit 899 716 (886 598) Mitgliedern. Es wurden 585 621 Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug und 9 243 566 Krankengeldtagen gewährt, so daß auf jedes Mitglied durchschnittlich 0,6 Krankheitsfälle mit 10,3 Krankengeldtagen entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgabten für Krankheitskosten 38 028 230 (pro Kopf 42,26), wovon 5 375 685 für ärztliche Behandlung und 4 356 061 für Heilmittel (zusammen 10,81 für Heilbehandlung pro Mitglied) und 18 315 109 für Krankengelder pro

Mitglied 20,36) daraufgingen. Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen sich auf 43,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 40 Millionen Mark, die Vermögensbestände auf 25,28 Millionen Mark. — Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Deutschen Reich betrug etwa 14,1 Millionen.

Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Am Arbeitsmarkt des Baugewerbes hat sich im April dieses Jahres eine weitere günstige Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage eingestellt, so daß der Andrang bereits unter das Niveau der beiden Vorjahre herabgegangen ist. Es kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Monat	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Jan.	251,45	274,00	441,87	499,49	396,58	458,88	580,58	921,72
Febr.	250,88	350,81	648,50	842,27	864,80	867,14	882,68	428,88
März.	125,72	156,02	285,04	157,58	101,00	160,98	261,18	181,08
April.	110,21	159,92	126,88	146,78	128,91	144,44	198,21	135,89
Mai.	108,87	150,97	112,25	132,00	116,84	148,81	212,15	—
Juni.	104,17	147,53	156,79	159,26	124,86	180,46	188,88	—
Juli.	110,18	142,74	147,92	186,57	117,75	189,24	197,50	—
Aug.	108,80	160,88	160,85	145,29	125,88	148,44	219,41	—
Sept.	88,80	184,60	119,85	184,94	100,98	128,92	168,51	—
Okt.	118,14	185,77	189,70	199,45	141,53	188,80	228,28	—
Nov.	159,20	248,40	176,15	226,11	208,20	252,70	486,71	—
Dez.	215,70	380,74	278,79	277,78	208,82	208,51	542,58	—

Es ist bemerkenswert, daß sich die Andrangsziffer nur noch wenig über den Stand des Jahres 1911 erhebt.

In den wichtigsten Berufsgruppen gestaltete sich die Arbeitsmarktlage in den Monaten März und April 1913 und 1914 folgendermaßen:

Berufsgruppen	Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen			
	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
Maurer, Puger, Stukkateure	415,45	309,75	277,79	199,54
Zimmerer, Treppenhauer	415,26	286,04	311,99	194,01
Maier, Anstreicher, Lackierer	455,56	117,34	107,97	82,52
Glaser	278,48	278,57	356,22	261,47
Nebstige gelehrte Berufe	570,89	392,12	395,87	287,88
Erdbauer, Dantagelöhner, Handlanger	218,72	204,20	210,02	118,18

Alle Berufe weisen eine beträchtliche Verminderung des Andranges gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahre auf. Am Arbeitsmarkt der Maurer, Puger, Stukkateure usw. prägt sich der beginnende Erholungsprozess bereits recht deutlich aus. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bereits wesentlich gebessert.

Auch bei den Zimmerern und Treppenhauern ist eine bedeutende Besserung der Arbeitsmarktlage zu konstatieren. Der Andrang ermäßigte sich von 311,99 im März auf 194,01 im April.

Am Arbeitsmarkt der Maier usw. ist das Angebot im Reichsdurchschnitt ziemlich weit hinter der Nachfrage zurückgeblieben. Die nachstehend genannten Landesstellen weisen eine Senkung des Andrangsniveaus gegen das Vorjahr auf:

Landesstelle	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
	Brandenburg	198,08	142,86	88,48
Pommern	220,00	90,48	207,14	82,76
Sachsen	409,72	166,87	867,09	77,04
Sachsen	162,88	141,50	110,18	65,06
Schleswig-Holstein	614,29	287,50	128,29	50,00
Hannover	208,33	93,33	85,56	66,11
Hessen-Nassau	121,55	148,57	158,17	114,75
Rheinland	106,50	90,18	97,07	82,80
Bayern	206,98	130,82	174,72	104,56
Rheinprovinz	125,61	101,24	99,12	91,78
Württemberg	224,38	171,26	145,71	86,46
Baden	208,27	128,51	117,98	73,80
Hessen	146,94	88,17	163,22	83,58
Saß-Lothringen	265,19	149,27	151,89	73,42
Deutsches Reich	155,56	117,84	107,97	82,52

Etwas verschlechtert hat sich die Situation in folgenden Landesstellen:

Landesstelle	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
	Ost- und Westpreußen	500,00	94,44	416,67
Posen	194,12	115,28	104,25	150,82
Pommern	169,91	—	35,05	80,00
Samburg	—	—	89,65	78,81

In der Provinz Westfalen war das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im März d. J. das gleiche wie im vorjährigen Parallelmonat, und zwar:

Landesstelle	1913 März	1913 April	1914 März	1914 April
	Westfalen	98,02	62,54	120,98

Lohnbewegungen.

1. Bezirk.

In Strausberg sind bis auf weiteres folgende Werkstellen gesperrt: N. Mahler, P. Zensch, G. Bussack, D. Stademann, J. Selzer. Wir ersuchen, diese Werkstellen zu meiden.

2. Bezirk.

Wendheim a. d. W. Die Differenzen in der Werkstätte Jost sind durch die Organisation beigelegt. Jost verlangte eine schriftliche Erklärung, daß die Kollegen innerhalb dreier Tage aus der Organisation austreten sollten, was diese einmütig verweigerten und die ungeschickliche Arbeitsstätte verließen. Diese einmütige Tat ist umso höher zu bewerten, da die Kollegen erst einige Wochen organisiert sind; deshalb können sie stolz auf ihren ersten Erfolg sein. Galten die Kollegen treu zusammen, dann werden auch in Wendheim endlich bessere Verhältnisse Platz greifen; denn die Löhne stehen weit zurück und die Behandlung ist noch sehr verbesserungsbedürftig. Die größte Schuld tragen die Kollegen selbst durch ihre Langmut. Auch hier wird die alte Erfahrung aufs neue bestätigt, sobald die Arbeiter sich selbst helfen, wenn sie verdächtigt und verfolgt werden, können sie auch bessere Verhältnisse erringen. Als am letzten Montag die Differenzen entsanden, erschien am gleichen Tage in dem Zentrumsblättchen ein Leitartikel: Wie der Fuchs den Enten predigt. Darin wird die religiöse Feindschaft der Gewerkschaften dargestellt und am Schluß heißt es: „In dem kollegialen Gruß, den J. Hillich verleiht, „Du sollst froh sein, daß es — noch so gute Menschen gibt.“ — Wenn kommen da nicht die vielen Tränen vor „Mühsung“: Sprach nicht auch der Fuchs so zur Ente, als er ihr schön vorschwätzte und sie dann sprach: „Dum vorstich vor den roten Agitatoren. Christlicher Arbeiter, spare deine Groschen, die Sozialdemokratie ist der Todfeind der Arbeiter.“ In der nächsten Nummer befaßt sich die edle schwarze Seele wieder mit der Organisation und schließt: „Unter Hundens schon ist's kund: Soggen sind längst untern Hund.“ Wie verträgt sich das mit der christlichen Lehre: Luet Gutes denen die Euch hassen und verfolgen. — Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst, das ist ein Hauptgebot!“

Coblenz. Der Streit ist beendet, da die Streikenden fast alle bei Unternehmern, die bewilligt haben, in Arbeit getreten sind. Wenn es auch nicht gelungen ist, den Tarif bei allen Unternehmern zur Anerkennung zu bringen, so wurde aber doch ein ganz beachtenswerter Teilerfolg erzielt, denn 38 Unternehmer mit 150 Gehilfen haben den Tarif unter schriftlich anerkannt. Bestreikt wurden noch 9 organisierte Unternehmer, die vor der Arbeitsniederlegung 70 Gehilfen beschäftigten.

Die Coblenzer Kollegen haben den achtmöchigen Kampf in ehrenvoller Weise bestanden. Nicht ein einziger organisierter Kollege ist während des Streiks abgefallen. Mit geradem muster-gültiger Geschlossenheit haben unsere Kollegen den Kampf geführt. Im Lager der Unternehmer dagegen hat die geschlossene Bilanz einen schweren Stoß bekommen, da eine Anzahl Unternehmer abgefallen ist und den Tarif anerkannte. Wenn nicht nach Pfingsten die Konjunktur in einer Reihe von Städten in Rheinland und Westfalen ganz erheblich zurückgegangen wäre, so würde es den Unternehmern immer noch nicht gelungen sein, von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen. Nur dadurch ist es erklärlich, daß auf die vielen täglichen Inserate in den auswärtigen Tageszeitungen, eine Anzahl Unorganisierter sich verleihten ließ, sich in Coblenz als Arbeitswillige anwerben zu lassen.

Erst in den letzten Tagen suchten die Unternehmer noch 50 Gehilfen in einer auswärtigen Zeitung; ein Zeichen, daß es immer noch ganz erheblich an Arbeitskräften mangelte. An die Qualität der Arbeitswilligen werden die Unternehmer noch recht lange denken; denn einzelne Unternehmer haben noch recht unerquidliche Folgen wegen der von den Arbeitswilligen geleisteten Arbeit zu erwarten. Andererseits werden die Unternehmer noch lange zu tun haben, bis die finanziellen Wunden, die ihnen der Streit zugefügt hat, geheilt sind.

Die Beendigung des Streiks gereicht unserer Organisation nur zur Ehre, weil sie in Würdigung der Verhältnisse mit voller Geschlossenheit diesen Entschluß faßte. Mit dem Bewußtsein, einen hartnäckigen Kampf ehrenvoll geführt zu haben, werden die Kollegen die Arbeit aufnehmen.

3. Bezirk.

Nach Erfte und Sulingen ist Zugung noch weiter fern zu halten, da die Bewegung noch nicht ihr Ende erreicht hat.

4. Bezirk.

Wals b. Sulingen. Die Werkstelle Caspers ist gesperrt und deshalb zu meiden.

Lackierer.

In der Frankfurter Maschinenfabrik „Framag“ in Großhauheim, Fabrik für Holzbearbeitungsmaschinen, hat die gesamte Arbeiterchaft wegen fortgesetzter Mißhandlungen die Arbeit niedergelegt. In diesem Abwehrkampf sind auch fünf Lackierer beteiligt. Durch strengste Fernhaltung jeglichen Zuguges muß der Firma gezeigt werden, daß sie nicht ungestraft die an und für sich sehr verbesserungsbedürftigen Löhne noch weiter kürzen kann.

Gotha. In der hiesigen Streckpianofabrik sind sämtliche dort Beschäftigten am 28. Mai in den Ausstand getreten. Zugug ist auch für Lackierer fern zu halten.

In Halle haben die Arbeiter der Luxuswagenfabrik von J. Rathe & Sohn, bei der auch 65 Kollegen beschäftigt sind, Forderungen für die Erneuerung des am 1. Juli ab-

laufenden Tarifvertrages eingereicht. Bei dem bisherigen Verhalten des Herrn Rathe dürften die Verhandlungen sich schwierig gestalten und ist mit der Möglichkeit erster Differenzen zu rechnen.

Breslau. Nach den Linde-Hoffmann-Werken muß jeglicher Zugang streng ferngehalten werden.

Der Kampf in den Miltchner Wagenbauanstalten dauert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Streit bei den Karosseriefirmen Christ, Auer und Meutter & Co. in Smitzgart dauert noch fort. Zugang ist daher weiter fernzuhalten.

Aus unserm Beruf.

Bad Elster. (Zahlstelle der Filiale Plauen.) In den vielfach schwierigen Gebieten, die unsere Organisation zu bearbeiten hat, gehören die Baderorte. Schwierig besonders dann, wenn am Orte nur wenige oder gar keine ansässigen Kollegen in Frage kommen, dagegen jedes Jahr fremde, zum großen Teil unorganisierte Kollegen zureisen. Letzteres trifft im vollen Umfange auch auf Bad Elster zu. Ein Stamm organisierter Kollegen kommt hier nicht in Frage, da nur in den Monaten Februar, März und April Gehilfen beschäftigt werden. So muß in jedem Frühjahr die Zahlstelle neu von Plauen aus gegründet werden, dabei trifft man nur selten bekannte Kollegen wieder an, die schon im Jahre vorher hier beschäftigt gewesen waren. Bad Elster liegt an der böhmischen Grenze, daher ist es erklärlich, daß auch sehr viele böhmische Kollegen hier beschäftigt werden. Diese erschweren unsere Bestrebungen noch insbesondere dadurch, daß sie in kultureller Hinsicht vieles zu wünschen übrig lassen. Zudem sind die in Bad Elster beschäftigten böhmischen Kollegen der österreichischen Bruderorganisation angeschlossen, weshalb sie auf Grund der niedrigeren Beiträge, die sie dort bezahlen, nicht zu bewegen sind, während ihres Arbeitens auf deutschen Boden aus in der deutschen Organisation ihre Beiträge zu entrichten. Sine qua non sind die beispiellose Anpreisungslosigkeit, die die böhmischen Kollegen aus Veden stellen, worunter unsere deutschen Kollegen sehr zu leiden haben, aber auch in anderer Hinsicht das gesamte Organisationsbestreben unendlich dadurch erschwert wird. Natürlich wird unter solchen Umständen auch das Streben unserer Kollegen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, schwach beeinflusst. Den einzigen Vorteil haben bisher die Malermeister dabei gehabt, indem sie so jeder Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag aus dem Wege gehen konnten. Dennoch ist es uns in diesem Jahre gelungen, eine erfolgreiche Lohnbewegung in Bad Elster durchzuführen zu können. So wurde für etwa 30 Kollegen, von denen leider erst 23 sich in diesem Jahre unserer Organisation angeschlossen hatten, eine Lohnerhöhung von 6 % pro Stunde erzielt. Der Mindestlohn beträgt nunmehr für 1914 62 s., 1915 64 s. und für 1916 66 s. pro Stunde. Für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, die infolge der kurzen Saisonarbeit des öfteren vorkommen, wurde bisher kein Aufschlag vergütet. In Zukunft wird für diese Arbeit 25 und 60 pSt. Aufschlag bezahlt. Desgleichen wurde für auswärtige Arbeiter erreicht, daß bei täglicher Rückkehr 70 s., bei Uebernachten an Lebtage 1.50, für Verheiratete 2.25 bezahlt werden müssen, während auch hier bisher nur selten einige Groschen vergütet worden waren. Außerdem wurden noch einige sonstige Verbesserungen erzielt. Der abgelaufene Tarif gilt bis zum 15. März 1917. Mit diesem ersten Erfolg können unsere Kollegen in Bad Elster zufrieden sein. Haben sie doch an Stelle der Unständigkeit, die jahrelang zum Nachteil unserer Kollegen hier bestanden hat, nunmehr eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchführen können. Da nur drei Meister, die nur vorübergehend einmal Gehilfen beschäftigen, den Tarif noch nicht unterschrieben haben, so muß hier der für uns passende Moment zunächst abgewartet werden, um auch diese Meister davon zu überzeugen, daß es im Interesse beider Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, liegt, einen Tarifvertrag für unser Gewerbe zu schließen. Selbst Herr Malermeister L., der unsern Kollegen Möhle nicht schnell genug sein Haus verbieten konnte und sich dabei auf seinen „Ich-bin-Herr-in-meiner-Werkstatt“-Standpunkt berief, wird wohl oder übel einsehen lernen, daß auch die Gehilfen bei der Festlegung der Löhne ein Wort mitzureden haben. Im allgemeinen darf aber gesagt werden, daß die Unternehmer ein verhältnismäßig entgegenkommenes zigten, was nicht zuletzt auch auf den guten Stand der Organisation zurückzuführen sein dürfte. Aufgabe der nach Bad Elster zureisenden Kollegen muß es sein, für künftige Durchführung des Tarifs Sorge zu tragen.

Bremerhaven. Die gesamten Malermeister der Unterweserorte: Bremerhaven, Geestemünde und Verbe, sind nach der vorjährigen Aussperrung aus dem „Arbeitgeberverband für das Malergewerbe“ ausgestiegen, deren Kerntruppe sie bisher bildeten. Als im Jahre 1910 die Durchführung des Reichstarifvertrages auf Schwierigkeiten stieß, erklärte selbst die Gewerkschaft sich außerstande, den Schiedsrichter für die Unterweserorte Geltung zu verschaffen. Es leisteten somit die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes den Beschäftigten ihrer Organisation keine Gehilfen. Sie waren aus dem Arbeitgeberverband ausgeschieden, was für die Organisationsleitung kein hinreichender Grund. Die Gehilfenorganisation mußte es somit allein durchsetzen, dem tariflichen Recht Geltung zu verschaffen. Was es auch nicht so ganz leicht, so wurde doch schließlich ein günstiges Resultat erzielt. Wenn der Arbeitgeberverband glaubt, trotzdem durch Samstagsarbeiten keine Organisation zu beschaffen, so ist der das Gegenteil eingetreten; es werden an der Unterweser überhaupt niemals wieder Malermeister für den Arbeitgeberverband zu gewinnen sein. Daß keineswegs die im Schiedsrichter ausgesprochene Lohnsenkung die Ursache des Rücktritts bildet, ergibt schon aus der einzigen Tatsache, daß die Durchsetzung des Geestemünde und die von Verbe beschaffen haben, die Schiedsrichter für die

Vertragsdauer im vollen Umfange für ihre Mitglieder anzuerkennen. In Bremerhaven hat sich die Mehrzahl der Malermeister zu einer Freien Vereinigung zusammengeschlossen. Auch diese haben mit uns einen korporativen Tarifvertrag abgeschlossen, der in allen Teilen den Schiedsrichter zum Reichstarifvertrag entspricht. Soweit noch Malermeister unorganisiert sind, haben sie die gleichen Bedingungen durch Sondertarif anerkannt. Somit sind alle Gemeinmünde und Verbe bei neuneinhalbständiger Arbeitszeit Stundentlöhne von 67 und 61 s. tariflich anerkannt, die sich ab 1. März 1915 um einen weiteren Pfennig erhöhen. Daß hier nach wiederholten, teils erfolglosen Kämpfen die Organisation in den letzten Jahren diese Verbesserungen durchzusetzen vermochte, ist lediglich eine Folge dessen, daß die Berufscollegen einheitlich sich in unserer Organisation zusammenschlossen. Alle, die diese Kräfte gern mit genießen, aber noch heute abseits unserer Organisation stehen, oder die, welche mit ihrer Hände Arbeit ihre Existenz kaum mehr zu halten vermögen und deshalb für eine für die Unternehmer angenehmeres Organisationspropaganda zu machen versuchen, werden noch zu der Einsicht kommen, daß ihr Verhalten ein arbeiterfeindliches ist, weil stets die Vervollständigung der Arbeitsbedingungen in unserm Berufe von der jeweiligen Stärke unserer Organisation abhängt.

Plauen i. V. Der Entwicklung der Zeit folgend, hatte auch der Filiale Plauen Anlaß gegeben, auf Grund ihres weit ausgedehnten Filialgebietes, das sich über das gesamte Vogtland und einen Teil Neuh. J. A. erstreckt, zu beschließen, das Vertretersystem für die gesamten Zahlstellen einzuführen. Da allen Mitgliedern ein Reglement zum Studium unterbreitet wurde, konnte in allen Zahlstellenversammlungen die Abstimmung nach vorausgehendem Referat hierüber, woran sich allenthalben eine rege Diskussion anknüpfte, erfolgen. Der Entwurf als Reglement für das Vertretersystem wurde dann auch in allen Zahlstellen, einschließlich Plauen, einstimmig angenommen. Ein Beweis, wie notwendig diese Änderung in demokratischer Hinsicht gewesen ist, um bei wichtigen, zur Beratung stehenden Fragen auch die Stimmen der gesamten Zahlstellenmitglieder zum Ausdruck bringen zu können. Der Hauptvorstand hatte daraufhin ebenfalls das Reglement bestätigt. Nachdem nun in allen Zahlstellen die Wahl der Delegierten erfolgt war, tagte am 7. Juni, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Plauen die erste Vertreterversammlung, die von den Zahlstellen durch elf und von Plauen durch sieben Delegierte besetzt war. Außerdem war der Filialvorstand, sowie die beiden Revisoren, die Sitz und Stimme in diesen Versammlungen haben, durch sieben Kollegen vertreten. Nicht vertreten war und fehlte unentschuldig der Delegierte der Zahlstelle Lengsfeld. Demnach waren 25 Vertreter anwesend. Die Abrechnung vom ersten Quartal gab Kollege Möhle. Die Einnahme betrug M. 6888,81, die Ausgabe M. 4758,16, das Totalvermögen betrug M. 1130,86. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Lebhaftige Aussprache rief dagegen ein Antrag der Filialverwaltung hervor, wonach den Zahlstellen zur Bestreitung ihrer lokalen Ausgaben, wie Sitzungsgelder, Prozente an die Hauskassierer und Entschädigung der Vertrauensleute, in Zukunft pro Marke 6 s. vergütet werden sollen. Auf Grund rechnerischer Unterlagen, wobei Einnahme und Ausgabe für 1913 maßgebend waren, kam die Vertreterversammlung nach reger Aussprache zu dem Ergebnis, daß auf Grund der lokalen Beiträge, die in den Zahlstellen 16 s. und in Plauen 20 s. betragen, eine höhere Vergütung seitens der Lokalkasse keinesfalls getragen werden kann. Darauf wurde der Antrag mit 24 gegen eine Stimme angenommen.

Ueber „Unsere Aufgaben in nächster Zeit“ hielt Kollege Möhle ein instruktives Referat. Redner schilderte vor allem die gegenwärtige Lage der Industrie, wovon auch das Malergewerbe abhängig ist. Seltener habe eine wirtschaftliche Krise so schwer das gesamte Wirtschaftsleben erschüttert, als die gegenwärtige Krise es getan habe. Im Vogtlande kennen wir nur eine Industrie, die des Textilgewerbes. Seit eineinhalb Jahren liege diese vollständig darnieder und habe alle andern Berufe mehr oder weniger mit in Mitleidenschaft gezogen. So haben auch unsere Kollegen darunter zu leiden gehabt, indem in allen Zahlstellen viele Arbeitslose das ganze erste Quartal vorhanden waren. Am schlimmsten sei es aber in Plauen gewesen. Von 276 Mitgliedern, die hier in Frage kamen, waren arbeitslos:

10 Mitglieder je 3 Wochen, insgesamt 30 Wochen	
43 " " 4 " " " 172 "	
98 " " 7 " " " 686 "	
46 " " 10 bis 22 " " " 787 "	

197 Mitglieder demnach insgesamt 1670 Wochen

Dabei seien die Hoffnungen auf Besserung der Wirtschaftslage sehr trübe, da von dem jeweiligen Stande unserer einseitigen heimischen Industrie alles abhängt. Diese Arbeitslosigkeit wäre aber auch nicht spurlos an unserm Mitgliederbestand vorübergegangen, trotz der eifrigen Hausagitation, wodurch 63 Mitglieder neu gewonnen wurden, sei die Abreise dennoch weit größer gewesen. Während im gleichen Quartal 1913 621 Mitglieder vorhanden waren, sind in diesem Jahre nur 576 Mitglieder gemeldet, das ist ein Weniger von 45 Mitgliedern. Unser Hauptaugenmerk müsse deshalb auf die erneute Organisation der indifferenten Kollegen gelegt werden, es kämen immerhin noch 60 bis 80 Unorganisierte im ganzen Vogtlande in Frage. Diese Kollegen für uns zu gewinnen, müsse eine ehrenvolle Aufgabe für diejenigen Kollegen sein, denen es Ernst ist mit der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Zugehörigkeit zur Organisation! Besonders müsse man auch der strikten Durchführung der Bücherkontrollen auf den Arbeitsplätzen mehr Bedeutung entgegenbringen, als dies bisher in einigen Zahlstellen geschehen sei. Nachdem Redner dann noch in eingehender Weise die noch zu erfüllenden Aufgaben der nächsten Zeit besprochen, wobei besonders an das Pflichtgefühl der leitenden Kollegen in den Zahlstellen erinnert, an dem Ausbau und Erhaltung unseres Verbandes instruktiv und nachdrücklich zu arbeiten, um, wenn die bessere Konjunktur wieder einsetzt,

gestärkt und geschlossen dazustehen, schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Es wurden dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende, Kollege Thierfelder, faßte darauf nochmals kurz den Verlauf der Vertreterversammlung zusammen und schloß mit dem Wunsch, auch in Zukunft treue Mitarbeit zu leisten.

Posen. Gleich den übrigen Gewerben hat auch unser Beruf mit der polnischen Berufsvereinigung zu kämpfen und ist ihre Mitgliederzahl auch noch so gering, für das Wohl der Gesamtkollegen bedeutet jede Sonderorganisation einen Gewinn. Zur Charakterisierung des polnischen Verbandes ist beizubehalten, auf die Vorgänge des Mauerstreiks 1906 hinzuweisen, wo er Streikbruch beging und mit dem Unternehmer einen Vertrag zu den alten Bedingungen abschloß. Nach der trotzdem erfolgreichen Lohnbewegung hatte der Vorsitzende Nowicki die Schuld wegen des Streikbruchs auf andere abwälzen wollen. Er gab an, daß der Vertrag ohne sein Wissen mit dem Unternehmer abgeschlossen worden sei. Am 26. August 1912 erschien dann in dem polnischen Gewerkschaftsblatt „Sila“ unter dem Titel „Verachtung“ über die oben angeführte Lohnbewegung folgender Bericht: „Der Posener Mauerstreik im Jahre 1906 war einer der unglücklichsten Streiks, die der sozialistische Verband in Posen geführt hat. Selbstverständlich mußte man einen Sündenbock finden und man fand ihn in dem polnischen Verband, der zurückgewiesen von der gemeinschaftlichen Arbeit, einen Tarif mit den Meistern auf eigene Hand abschloß. Der Mitglieder waren so wenig, daß er eben auf keiner Seite den Ausschlag geben konnte. Und man hätte geglaubt, wenn — wenn nicht die Hunderte der Streikbrecher der sozialistischen und christlichen Verbände.“ — Dieses wagte das polnische Gewerkschaftsblatt „Sila“ sechs Jahre nach unserer Lohnbewegung zu veröffentlichen, wohl meinend, daß unsere Mitglieder schon vergessen hätten, wer den Streikbruch verübt hat. Daß der polnische Verband wirklich eine Streikbrecherorganisation ist und der Verbandsvorsitzende der Handwerkerabteilung des polnischen Berufsverbandes Streikbrecher vermittelt, ergibt sich aus folgendem: Am 11. Mai dieses Jahres sind die im Zentralverbande organisierten Ofensetzer in eine Abwehrbewegung eingetreten und legten einstimmig die Arbeit nieder. Im polnischen Berufsverband waren ebenfalls neun Ofensetzer organisiert. Als diese an ihren Verbandsvorsitzenden, Nowicki, herantraten und fragten, ob sie mitstreiken sollten, erwiderte er: „Ihr dürft keine Sekunde verlieren, sondern geht sofort zur Arbeit, und wenn ein Meister Ofensetzer braucht, dann kommt zu mir, ich werde soviel Leute besorgen, wie sie notwendig haben werden.“ Jetzt erst öffneten sich den im polnischen Verbandsorganisierten Ofensetzern die Augen. Sie sind dem Rufe des Volksvertreters nicht gefolgt, sondern haben sich mit dem Streikenden solidarisch erklärt und sind zum Zentralverband der Ofensetzer übergetreten. Damit ist wohl auch die Frage geklärt, wer eigentlich im Jahre 1906 die Streikbrecher vermittelt hat.

Einige Kollegen von unserer Organisation haben sich durch den Appell an ihre Nationalität vom polnischen Verband eintreten lassen und haben unserer Organisation den Rücken gekehrt. Denen rufen wir zu: „Macht's den Ofensetzern nach, kommt zu uns, bevor es zu spät wird! Eine Organisation, die ihre Mitglieder zu Streikbrechern erziehen will, kann es mit ihnen nicht ehrlich meinen. Darum heraus aus der Streikbrecherorganisation! Schließt Euch Eurem alten Verbande wieder an, der es mit Euch bis zuletzt gut gemeint hat!“

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Ergründungen. In den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde wird jetzt das Ergebnis einer Erhebung über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Württemberg veröffentlicht, die im Oktober 1912 auf Veranlassung der staatlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel veranstaltet und vom Statistischen Landesamt bearbeitet wurde. Eine Untersuchung gleicher Art fand schon im Jahre 1906 statt und eine auf die Arbeitszeit der Arbeiterinnen beschränkte Erhebung war im Jahre 1906 vorangegangen. Das durch die letzte Erhebung gewonnene Zahlenmaterial kann also in Vergleich gestellt werden mit den Ergebnissen der früheren Untersuchungen. Dabei ergibt sich, daß von 1902 bis 1906 für die Arbeiterinnen von 1905 bis 1912 für die Arbeiter erfreuliche Fortschritte erzielt wurden, die bei den Arbeiterinnen zum Teil auf das Konto des seit 1910 durchgeführten gesetzlichen Bohnentages, bei den Arbeitern aber fast ausschließlich auf das Konto der gewerkschaftlichen Organisation zu setzen sind.

Es wurden 3429 Betriebe mit in der Regel mindestens 10 Arbeitern erfaßt, die zusammen 213.108 Arbeiter über 16 Jahre beschäftigten. Unter diesen Arbeitern befanden sich 60.083 weibliche, die sich auf 1871 Betriebe verteilten. Die durchschnittlich reine Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre an den gewöhnlichen Wochentagen (unter Ausschaltung der Sonnabende, an denen die Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt ist) betrug 1902 9 Stunden 56 Minuten, 1905 9 Stunden 54 Minuten. Es ist also eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit um 19 Minuten eingetreten. Dabei ist zu beachten, daß der gesetzliche Bohnentag nur für einen kleinen Teil der Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung brachte, in der Mehrzahl der Betriebe der Bohnentag von den Gewerkschaften schon vorher erlangt war.

Der Prozentsatz der Arbeiterinnen mit neunstündiger oder kürzerer Arbeitszeit stieg in dem Zeitraum 1902 bis 1912 von 8,8 auf 11,8, der Prozentsatz derjenigen, die neun bis zehn Stunden arbeiten müssen, stieg von 45,2 auf 38,4, der Prozentsatz der Arbeiterinnen mit zehn bis elfstündiger Arbeitszeit aber, der 1902 27,6, 1905 sogar 34,4 betrug, ist jetzt auf 0 gesunken. Die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter über 16 Jahre ist ja gesetzlich nicht beschränkt, hat gleichfalls ein nennenswertes Kürzung erfahren. Die durchschnittlich

reine Arbeitszeit an gewöhnlichen Wochentagen betrug für die Männer 1912 9 Stunden 46 Minuten, wogegen sie 1905 10 Stunden 8 Minuten betragen hatte. Es ist bemerkenswert, daß der Prozentsatz der Arbeiter, die nur bis 48 Stunden in der Woche beschäftigt waren, etwas höher ist als der Prozentsatz unter den Frauen und Mädchen (8,9 gegen 1,8 pSt.)., daß aber andererseits die Zahl der Männer, die mehr als 60 Stunden wöchentlich tätig sein müssen, noch 1907 = 6,8 pSt. der Gesamtzahl betrug. Es arbeiteten 60,82 pSt. aller männlichen Arbeiter bis zu 57 Stunden, 38,20 pSt. 58 bis 60 Stunden, 8,48 pSt. mehr als 60 Stunden wöchentlich. Sehr groß ist immer noch der Unterschied in der Arbeitszeit in den kleinen und den großen Gemeinden. Während in Stuttgart die durchschnittliche Nettoarbeitszeit auf 9 Stunden 24 Minuten berechnet wurde, betrug sie in den Gemeinden von 5000 bis 10 000 Einwohnern 9 Stunden 44 Minuten, in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern 10 Stunden 10 Min. Die Dittgen würden durchweg etwas höher sein, wenn nicht die kleinen Betriebe von der Erhebung ausgeschlossen worden wären. Die Verringerung der Arbeitszeit mit der wachsenden Größe der Gemeinden zeigt den Einfluß der Organisation an, der in den Großstädten naturgemäß am stärksten ist. Auch die Berufsartenunterschiede in den einzelnen Berufsgruppen bestätigen, daß gute Organisation kurze Arbeitszeit bedingt. Das Gesamtergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß 200 400 Personen = 94,1 pSt. (1905 78,0 pSt.) der Gesamtzahl zehn Stunden und weniger, 12 648 = 5,9 pSt. (1905 27,0 pSt.) mehr als zehn Stunden täglich in die Fabrikarbeit eingepaßt waren.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung. Die Forderung der Arbeiter und ihrer Organisationen, eine staatliche oder kommunale Arbeitslosenversicherung einzuführen, ist in letzter Zeit von Scharfmachern und ihrem Anhang oft mit dem Hinweis begegnet worden, daß die Gewerkschaften Mittel genug zur Verfügung hätten, um auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eine ausreichende Unterstützung ihrer Mitglieder durchführen zu können. Diesen durch Oberflächlichkeit und Denkfaulheit sich auszeichnenden weisen Rat endlich in eine mathematische Form gebracht zu haben, ist ein Verdienst eines Dr. Jahrbrecher, der in einer solchen erschienenen Schrift: „Arbeitslosenversicherung und Arbeitgeber“ folgendes Rechenexempel aufmacht:

„Über 736 000 Gewerkschaftler zahlten 1913 einen Wochenbeitrag von über 80 A., das bedeutet ungefähr 80 pSt. der Mitglieder der freien Gewerkschaften; dazu kommen noch die Jahresbeiträge für besondere lokale Zwecke. Allein über 98 000 Mitglieder zahlten an Jahresbeiträgen für lokale Zwecke je A. 10,20, beinahe 80 000 Mitglieder zahlten für besondere lokale Zwecke über A. 88. Wenn ein eben ausgeleiteter Beitrag mit dem 18. Lebensjahr der Gewerkschaft beiträgt, dann ergibt sich für ihn ungefähr, soweit zum Beispiel die Gewerkschaften der graphischen Industrie in Frage kommen, unter Annahme von Zinsen, daß derselbe bis zu seinem 60. Lebensjahr über A. 5000 in eine Gewerkschaft einbezahlt. 1912 hatten die freien Gewerkschaften über 80,2 Millionen Mark an Einnahmen zu verzeichnen, also gegenüber dem Jahre 1911 über 10 Millionen Mark mehr. Die Vermögensbestände erhöhten sich vom Jahre 1911 bis 1912 von 21,1 Millionen Mark auf annähernd 80,8 Millionen Mark. Für Streikunterstützungen und Kosten von Lohnbewegungen gaben die freien Gewerkschaften von 1891 bis 1912 121,4 Millionen Mark aus, wozu die Maßregelungsunterstützung mit 9,4 Millionen Mark zu rechnen ist, also insgesamt 130,8 Millionen Mark. Für die Arbeitslosenunterstützung bezahlten sie für die gleiche Zeit von 1891 bis 1912 jedoch bloß 54,8 Millionen Mark, und für die Reiseunterstützung, die eine verlässliche Streikunterstützung ist, etwa 13,8 Millionen Mark.

Diese mühevolle Entdeckung des Herrn Doktor ist nicht einmal eine nette rechnerische Spielerei zu nennen; denn sie ist in der Tendenz völlig absurd. Selbst der verlässlichste Gegner der Gewerkschaften wird ihnen nicht die alleinige Aufgabe zusprechen wollen, als Arbeitslosenunterstützungslasse gelten zu müssen. Die Gewerkschaften haben mit der Arbeitslosenunterstützung schon eine Pflicht übernommen, die dem Staat und den Kommunen zukommt. Die haben für die Opfer der Krisen und der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu sorgen, nicht die Arbeiter selbst, die alle mehr oder minder darunter leiden. Darum sollen die Gewerkschaften übrigens nur für die Arbeitslosen zu sorgen haben! In Fortsetzung der Idee des Dr. Jahrbrecher könnten sie doch gleich den Kommunen ihre gesamten Armenlisten abnehmen! Dann würden die Gewerkschaften wohl auch im Rechtsstaate gebildet und nicht als politische Vereine erklärt?

Gelber Zahlenschwindel. Der Bund deutscher Wertvereine, oder wie er sich selbst nennt: „Die bedeutendste Gruppe der wirtschaftsrechtlichen Arbeiterorganisationen“, hielt Ende Mai in Saarbrücken seinen vierten Bundeskongress. Laut dem verlesenen Geschäftsbericht hat der gelbe Wertvereinsbund durch den Austritt der Berliner, unter denen eine auf die stärkere Betonung der Unabhängigkeit der Gelben von ihren kapitalistischen Gönnern gerichtete Strömung sich bemerkbar macht, 31 000 Mitglieder verloren. Doch soll dieser Verlust durch die Neugewinnung von 60 000 Mitgliedern — allein im Jahre 1913! — reichlich wettgemacht worden sein, so daß der gelbe Wertvereinsbund nun 140 000 Mitglieder zähle. Eine spezialisierte Mitgliederzählung fehlt, daher ist selbst eine oberflächliche Nachprüfung der „merkwürdig runden“ Zahlen nicht möglich. Der Öffentlichkeit wird zugemutet, die gelben Behauptungen als wahr hinzunehmen. Sie soll glauben, daß die auf der Untergründung der Arbeiterkassensolidarität hingelagerte „gelbe Bewegung“ in einem einzigen Jahre 60 000 neue „zielbedürftige“ Anhänger gewann.

Es trifft sich gut, daß gerade jetzt ein neues Buch über die gelben Wertvereine in Frankreich kommt, das von einem Freunde der „Streikvereine“ geschrieben ist und sich auf ein reiches Originalmaterial stützt. Der Verfasser ist offensichtlich ein scharfer Gegner der in der Confédération

général du Travail vereinigten revolutionären Arbeiter-Syndikate, wenn auch kein Feind der Arbeiterkoalitionen überhaupt. Er hat ein umfangreiches Quellenmaterial durchgearbeitet, um zu einer sachlichen Würdigung der antirevolutionären Syndikate zu kommen. Sagen wir es gleich: Sein Urteil lautet: Die Gelben haben am Ausgang des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts in wichtigen französischen Industriegebieten einen überraschend starken Aufschwung genommen, haben eine Reihe von Jahren bei den reaktionären Parteigruppen (Großkapitalisten, katholischer Klerus, chauvinistischen Revanchéschreibern) große Hoffnungen erweckt, darum ihre reichliche finanzielle Unterstützung gefunden und sind heute schon so gut wie erledigt! Fehmann erklärt, namentlich gelte das von den gelben Syndikaten, die sich am offensichtlich als Schutztruppen der Unternehmer gegen die Waffe des Streiks ausdrückten, also prinzipiell den Streikbruch proklamierten. Wohl schossen sie, meistens anlässlich von Streikbewegungen, schnell in die Höhe, aber nach wenigen Jahren trat schon der Rückschlag ein. Es ist bezeichnend für die Lage, daß Fehmann im letzten Abschnitt seines Buches daran geht, „eine Charakteristik... der Krümmung der gelben Bewegung“ in Frankreich zu geben.

Mit Rücksicht auf das Reklamegeschrei der deutschen Nachfolger der Lanoir und Biétriz (die beiden meistgenannten Gelbenführer Frankreichs, auch sie sind beide schon erledigt), sind die Mitteilungen Fehmanns über die ziffernmäßige Stärke der Gelben in Frankreich aktuell. Als im September 1901 Paul Lanoir mit Unterstützung von großindustrieller Seite (es sollen 100 000 Fr. geschenkt worden sein) die „unabhängige Arbeiterbörse“ in Paris eröffnete, gab er an, 65 Vereine, 87 000 gelborganisierte Arbeiter ständen hinter ihm. Fehmann hat dieser Zahl nachgeforscht und verweist sie „in das Gebiet der Fabel“. Im Dezember dieses Jahres sprach Lanoir von ihm abhängenden 211 Wertvereinen mit 97 150 Mitgliedern. Eine Nachprüfung ergab, daß es im günstigsten Falle 20—25 000 waren. „Auf dem im März 1902 in Paris abgehaltenen ersten französischen Gelbenkongress sollten nach der Eröffnungsrede Lanoirs „1684 Gewerksvereine mit 600 000 Mitgliedern“ vertreten sein. Tatsächlich waren Hunderte von Vereinen angemeldet, die gar keinen Wertvereinscharakter trugen; die Kongressarrangements hatten, auch vorbildlich für die Kerikal-konservativen Veranstalter des „nationalen Arbeiterkongresses“ für Deutschland, alle möglichen Vereinigungen eingeladen, um mit einer großen Zahl zu prunkten. Fehmann stellt fest: „In Wirklichkeit hat die Anzahl der auf dem ersten Kongress vertretenen gelborganisierten Arbeiter nicht einmal 20 000 ganz erreicht! Die Gelbenglieder hatten also einen ungeheuerlichen Zahlenschwindel getrieben.“

Der Nachfolger Lanoirs, sein persönlicher Feind Pierre Biétriz, verstand den Schwindel nicht minder gut. Biétriz versuchte es zunächst mit einer „nationalsozialistischen“ Gründung, machte dem Sozialismus allerhand Konzessionen, mußte aber die Erfahrung machen, daß dieser Bluff nicht zog. Außerdem gaben die Großindustriellen und Politiker für nationalsozialistische Experimente kein Geld her. Biétriz ließ denn auch bald den nationalsozialistischen Bund auf und begab sich allmählich ganz auf die „gelben Richtlinien“. Nunmehr stieß ihm zwar das Geld von den reaktionären Parteien zu, aber mit der Entwicklung eines starken Gelbenbundes wurde es wieder nichts. Um seinen Geldgebern das Opfer für die „nationale Sache“ schmachvoller zu machen und um sich als der einflussreichste Führer einer „mächtigen Bewegung“ erscheinen zu lassen, schwindelte Biétriz das Blaue vom Himmel herunter. Er arrangierte im November 1904 nach Lanoirs Muster in Paris einen Kongress aller antisozialistischen Gewerksvereine Frankreichs. Auf ihm sollen „zusammen 322 000 Arbeiter“ vertreten gewesen sein, unter anderem 214 Gewerksvereine. Fehmann stellt fest, daß zunächst einmal gewisse Mitgliedschaften doppelt gezählt wurden und daß die Nachprüfungen der angeblich vertretenen Mitgliederziffern an Hand der amtlichen Statistik ergebe, daß nur 167 Vereine mit zusammen 22 108 Mitgliedern vertreten gewesen sein können. So ähnlich verhält es sich mit der angeblichen und der wirklichen Stärke der auf den nachfolgenden Gelbenkongressen vertretenen „Bewegung“. Die Biétriz und Genossen machten fortgesetzt einen schwindelhaften Reklame, gaben hunderttausend Mitglieder an, wenn auch diese zehntausend wirklich existierten, verbrauchten heidenmässig viel Geld, gespendet von Großindustriellen und Politikern, für ihre gelben Zeitungen und „Arbeiterbörsen“, bis der tolle Schwindel schließlich zusammenbrach. Im Mai 1908 wurde der Biétrizsche gelbe Nationalverband aufgelöst. Fehmann schreibt, die gelbe Bewegung habe das Interesse der Öffentlichkeit „weniger durch praktische Erfolge, als durch die außerordentlich gewandte Reklame“ erweckt. Einen wirklichen Einfluß habe sie auf die französische Arbeiterbewegung nicht ausgeübt.

Ohne die finanzielle Unterstützung der Großindustriellen hätten die französischen Gelben überhaupt nicht leben können. In derselben Lage befinden sich die augenblicklich mit großen Zahlen prunkenden Gelben in Deutschland. Auch ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen!

Der Zentralverband der Gärtner im Jahre 1913. Mit einem Mitgliedererwerb von 515 konnte der Verband das Vorjahr abschließen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt von 6950 auf 7465. Ist der Fortschritt mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes auch zufriedenstellend, so bleibt er doch hinter dem der Vorjahre zurück.

Der Kassenbestand erhöhte sich von A. 65 688 auf A. 78 628. Davon befinden sich in den Ortskassentassen 24 024. Die Einnahmen betragen A. 198 904. Die Gesamtausgaben betragen A. 185 965; davon entfielen A. 80 770 auf Unterstützungen und A. 17 102 auf Arbeitskämpfe. Auf die Unterhaltung der Arbeitsnachweise ist von jeher in diesem Gewerbe großes Gewicht gelegt worden; sie erforderte eine Ausgabe von A. 3179. Gemeldet wurden im Berichtsjahre in den Arbeitsnachweisen 5380 offene Stellen, von denen 4125 besetzt wurden. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 19, Angriffstreiks 12 geführt. Der Erfolg dieser Bewegungen war für 559 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von 2200

Stunden und für 1870 Personen eine Lohnerhöhung von A. 3048 wöchentlich; außerdem wurden für 404 Personen sonstige Verbesserungen, wie Bezahlung der Ueberstunden, Befreiung des Wohnungszwanges usw. erzielt. Neu abgeschlossen wurden sechs Tarifverträge für 405 Personen.

Wie der wirtschaftliche Niedergang auf den Gärtnerberuf wirkt, zeigt die Arbeitslosenstatistik des Verbandes. 1912 wurden 4300 Arbeitslose mit 41 462 Arbeitslosentage, 1913 hingegen 5312 Arbeiter mit 60 232 Arbeitslosentage gezählt. 1912 kamen auf jeden Fall der Arbeitslosigkeit neunzehntage, 1913 aber elfundzwanzigtage.

Arbeiterversicherung.

Die Invalidenart.

Sowohl nach dem früheren Invalidenversicherungsgesetz als auch nach der Reichsversicherungsordnung darf niemand eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. Dies gilt aber nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umtausches, der Verichtigung, Aufrechnung, Uebertragung, Beitragsüberwachung oder beim Eingangsverfahren zurückbehalten. Wer Karten dieser Vorschrift zuwider zurückbehält, ist dem Berechtigten für alle Nachteile hieraus verantwortlich. Nach dem § 1426 der Reichsversicherungsordnung soll die Polizeibehörde demjenigen, der die Karte widerrechtlich zurückbehält, dieselbe abnehmen und dem Berechtigten aushängen. Eine gesetzliche Verpflichtung dem Unternehmer die Karte auszuhängen, besteht nicht, nach § 1414 kann er nur die Karte zum Einleben der Karten beanspruchen. Nun hat sich die Sitte, wonach der Unternehmer die Karte beim Antritt der Beschäftigung dem Arbeiter abverlangt, fast allgemein eingebürgert. Dem steht natürlich gesetzlich nichts im Wege, nur muß der Unternehmer auf Verlangen des Versicherten die Karte jederzeit herausgeben. Die Rückgabe soll nur während der Geschäftsstunden erfolgen können. Darüber, ob zum Beispiel eine portofreie Uebertragung der Invalidenart nach einem andern Ort verlangt werden kann, geht die Literatur und Rechtsprechung auseinander. Das Reichsversicherungsamt hat sich im Jahre 1900 dahingehend ausgesprochen, daß der Unternehmer dem Versicherten, und selbst dem kontraktbrüchigen, die Karte auf Verlangen unfrankiert nachsenden müsse. Dahingegen hat das Oberlandesgericht Oldenburg entschieden, daß der Unternehmer zur Nachsendung der Karte nicht verpflichtet sei. Ausdrücklich soll aber herabgehoben werden, daß, wenn der Arbeiter die Karte verlangt, die Herausgabe jedoch verweigert wird, der Unternehmer dann erstens nach § 1400 der Reichsversicherungsordnung mit einer Geldstrafe bis zu A. 800 oder mit Haft bestraft werden kann, zweitens der Arbeiter den Unternehmer für den ihm durch die Vorenthaltung der Karte entstehenden Schaden haftbar machen kann und drittens die Polizei die gewöhnlichen Zwangsmittel gegen den Unternehmer anwenden kann, um die Karte von ihm herauszuholen. Nach alledem muß der Versicherte in jedem Falle bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Karte verlangen. Geschieht dies nicht, dann soll nach einem preussischen Ministerialerlaß von Jahre 1903 eine Verpflichtung der Ortspolizeibehörden, die Quittungskarten kontraktbrüchiger Versicherten dem früheren Arbeitgeber, der zur Rückgabe bereit ist, abzugeben und sie dem Versicherten nachzusenden, nicht bestehen. Wenn also nun die Karte widerrechtlich, das heißt nach dem er sie verlangt hat, vorenthalten wird, der weibe sich wegen der Herausgabe derselben sofort an die Polizeibehörde und sofern ihm infolge der Einbehaltung der Karte Lohnausfall erwachsen ist, reiche er Klage beim Gewerbegericht oder, wo ein solches nicht besteht, beim Amtsgericht ein.

Nach dem § 1419 der Reichsversicherungsordnung bestimmt die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium des betreffenden Bundesstaates) die Stellen, welche die Karten ausstellen und umzutauschen haben. Unterm 20. November 1911 hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe eine Anweisung für die Quittungskartenausgabe erlassen, aus der der Abf. Ziffer 32 herorgehoben werden soll. Derselbe lautet: „Nicht einem Versicherten die Karte, weil sein Arbeitgeber die bisherige noch verwendbare Karte widerrechtlich einbehalten hat, so ist eine neue Karte mit der auf die Nummer der zurückbehaltenen Karte folgenden Nummer auszustellen und durch Vermittlung der zuständigen Polizeibehörde dem Arbeitgeber die alte Karte abzunehmen und seine Bestrafung auf Grund des § 1400 Ziffer 5 der Reichsversicherungsordnung herbeizuführen. Die abgenommene Karte ist wie eine zum Umtausch vorgelegte zu behandeln. Fehlt einem Versicherten die Karte, weil er es unterlassen hat, sie sich von dem früheren Arbeitgeber zurückgeben zu lassen, obwohl dieser zur Aushändigung bereit ist, so hat die Ausgabestelle auf den Versicherten einzuwirken, daß er die Karte im eigenen Interesse beschafft. Dieser Einwirkung kann in geeigneten Fällen (zum Beispiel bei kontraktbrüchigen Versicherten) von der Ortspolizeibehörde durch Androhung und Verhängung von Geldstrafen bis zu A. 10 Nachdruck verschafft werden. Auch kann die Ausgabestelle die Karte auf Kosten des Versicherten beschaffen.“ Um sich nach diesen Bestimmungen nicht noch Strafe zuzuziehen, ist wiederum dringend anzuraten, die Karte bei Lösung des Arbeitsverhältnisses vom Unternehmer zu verlangen.

In allen Fällen haben die Unternehmer die Karten aber nicht in Verwahrung. Nach dem § 1455 der Reichsversicherungsordnung kann die oberste Verwaltungsbehörde nämlich anordnen, daß Krankenkassen, Knappschaftsvereine oder Knappschaftskassen oder örtliche Geheben der Versicherungsanstalten die Quittungskarten ausstellen und umzutauschen. Nach der erwähnten Anweisung für die Quittungskartenausgabe hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe angeordnet, daß diese Bestimmung vom 1. Januar 1914 ab Geltung haben soll. In Sachen, der Rheinprovinz usw. war bisher schon den Krankenkassen die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten übertragen. Ueberall, wo diese Neuerung nun Platz gegriffen hat oder noch greift, da muß beim Ortswechsel die Karte

* Dr. Karl Fehmann: Gelbe Wertvereine in Frankreich. Syndicats Jaunes. Berlin, Verlag von R. Simion. 1914.

nicht vom Unternehmer, sondern von der Krankenkasse oder Hebestelle der Versicherungsanstalt verlangt werden. Bei allen mit der Ausstellung, dem Umlauf, der Erneuerung und der Verichtigung von Karten zusammenhängenden Geschäften ist darauf zu achten, daß dem Versicherten wiederholte zeitraubende Gänge und sonstige Weiterungen erspart bleiben. Auch dürfen den Arbeitgebern und den Versicherten im Verkehr mit der Ausgabestelle Postkosten nicht entstehen.

Pflicht der Versicherten ist es, die über zum Umlauf gelangte Karte erhaltenen Aufrechnungsbescheinigungen sorgfältig aufzuheben. Sollten dennoch solche Bescheinigungen verloren gehen, so erhält man von derjenigen Versicherungsanstalt, in deren Bezirk die Karte ausgestellt worden ist, ein Duplikat unentgeltlich ausgestellt. In die Aufrechnungsbescheinigungen werden auch Militärdienstzeiten und Krankheitszeiten mit einbezogen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der Versicherte nach § 1415 der Reichsversicherungsordnung auf seine Kosten stets eine neue Karte gegen Rückgabe der alten verlangen kann. Die Kosten dafür sind allgemein auf 5 Mark für jede Karte festgesetzt. Enthält die Karte jedoch schon 30 Marken, dann werden nach der preussischen Anweisung die 5 Mark nicht erhoben. Die Versicherten mögen nun die vorstehenden Ausführungen in ihrem eigenen Interesse beachten, zumal man ohne Karte schwerlich Arbeit erhält und eine Klage auf Schadenersatz wegen angeblicher Vorenthaltung der Karte dann aussichtslos ist, wenn man nicht die gesetzlichen Vorschriften beachtet hat. Entstehen also Streitigkeiten über die Herausgabe der Karte, so wende man sich sofort an die Polizeibehörde, handelt es sich um Schadenersatzansprüche wegen Vorenthaltung der Karte, so kommen hierbei die Gewerbebeziehungswegweise Amtsgerechtere in Betracht, entstehen aber Differenzen über die Beitragsleistung, so werden diese vom Versicherungsamt in letzter Instanz geregelt.

Festgesetzte, weggefallene und laufende Renten in der Invalidenversicherung. Das Reichsversicherungsamt hat soeben eine Anzahl Tabellen über die Zahl der seit Bestehen der Invalidenversicherung festgesetzten, inzwischen weggefallenen und der noch laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten sowie der sonstigen einschlägigen Bezüge herausgegeben. Es ist erklärlich, daß die Bewegung, das heißt die Veränderung auf diesem Gebiete, eine außerordentlich lebhaftige ist. Bis Ende des Jahres 1912 wurden 2105 773 Invalidenrenten festgesetzt und 1140 148 in Wegfall gebracht. Im Jahre 1913 wurden 134 159 Invalidenrenten bewilligt und 101 448 eingestellt. Man sieht, daß anscheinend der „Beharrungszustand“ noch nicht eingetreten und fortgesetzt noch mehr Renten festgesetzt als in Wegfall gebracht werden. Tatsächlich ist auch der Bestand an laufenden Invalidenrenten ständig gestiegen. Am 1. Januar 1913 liefen tatsächlich 985 627 Invalidenrenten; am 1. Januar 1914 aber 998 338, also rund eine Million. Bei den Krankenrenten, die den nur vorübergehenden, aber länger als 26 Wochen Erwerbsunfähigen gewährt werden, liegen die Dinge schon anders. Von diesen wurden ungefähr soviel festgesetzt, wie andererseits in Wegfall kamen. Im Jahre 1913 waren es 11 806 beziehungsweise 11 157. Am 1. Januar 1914 betrug der Bestand an solchen Renten 16 555. Noch anders ist die Bewegung der Altersrenten. Bei diesen ist der Beharrungszustand nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten, denn der Bestand wird fortwährend geringer. Bis Ende 1912 wurden 316 693 Altersrenten bewilligt und 426 622 in Wegfall gebracht; im Jahre 1913 waren es 11 906 beziehungsweise 14 715. Der Bestand an laufenden Altersrenten verminderte sich von 90 071 am 1. Januar 1913 auf 87 261 am 1. Januar 1914. Die Gründe für die Abnahme dieser Renten sind bekanntlich in den immer schwerer zu erfüllenden Bestimmungen über die Wartezeit für die Bewilligung derselben zu suchen. Es ergibt sich aus alledem, daß am 1. Januar 1914 insgesamt 1 038 816 Rentenempfänger vorhanden waren. Verhältnismäßig ergibt das auf 1000 Einwohner 16 Rentenempfänger. Und da wird behauptet, daß der Gesetzgeber durch hyperfokale Gesetze aus dem deutschen Volke ein Volk von Rentenempfängern gemacht habe.

Die Bewilligung der Invalidenrenten hatte ihren Höhepunkt im Jahre 1903, in dem 152 882 solcher festgesetzt wurden. Dann trat infolge von Maßnahmen der Regierung, der die finanzielle „Belastung“ zu groß wurde, eine rasche Abnahme ein; im Jahre 1906 wurden nur noch 110 969 Invalidenrenten bewilligt. Seitdem ist von Jahr zu Jahr eine kleine Vermehrung der Bewilligungen wieder eingetreten. Die Gewährung der Krankenrenten war eine gleichmäßigere. Den „Rekord“ schlug das Jahr 1909 mit 12 713. Bei den Altersrenten zeitigten die ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes infolge der günstigen Uebergangsbestimmungen die höchsten Zahlen der Festsetzungen; inzwischen sind die Bewilligungen ständig zurückgegangen.

Trotzdem sieht es mit den Hinterbliebenenrenten aus. Im Jahre 1912, dem ersten Jahre der Wirksamkeit dieser „Fürsorge“, wurden bewilligt: 3804 Witwen- und Waisenrenten, 111 Witwenrenten und 13 962 Waisenrenten. Im Jahre 1913 wurden zugewilligt: 3474 Witwen- und Waisenrenten, 303 Witwenrenten und 5 912 Waisenrenten. Die Witwenrenten werden nur dann bewilligt, wenn eine verheiratete Ehefrau die Erbin ihrer hinterbliebenen Mannes war. Die Witwenrenten werden dem nicht dauernd erwerbsunfähigen Witwen gewährt, nachdem sie ununterbrochen länger als 26 Wochen invalide sind. Die angeführten Zahlen der Waisenrenten beziehen sich auf die Zahl der „Waisenkinder“, die Zahl der einzelnen Waisen ist etwa dreifach so groß. Bismil von diesen Hinterbliebenenrenten seit der Festsetzung wieder weggefallen sind und am 1. Januar 1914 noch liefen, wird nicht mitgeteilt. Offenbar sind auch von ihnen wieder viele bereits eingezogen worden. Jedenfalls geht schon aus den bisherigen Beobachtungen über die Festsetzung der Hinterbliebenenrenten hervor, daß bei der Forderung des Gesetzes ihre deklamatorische Zahl weit überschätzt worden ist. Die

Zahlen beweisen, daß die „Hinterbliebenenfürsorge“ in der jetzigen Form nicht lange aufrechterhalten werden kann. Sie auszubauen, ist eine der dringendsten sozialpolitischen Aufgaben.

Sozialpolitisches.

Die Bleigefahr im Feilenhauergewerbe. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat auf Grund statistischer Erhebungen eine kleine Schrift herausgegeben, die die großen Gefahren und Schädigungen schildert, denen die Arbeiter im Feilenhauergewerbe ausgesetzt sind. Das Blei gehört nach der Ansicht von Autoritäten zu den schwersten gewerblichen Giften. Seine Wirkung ist eine schleichende aber mit Sicherheit den Organismus zerstörende. Das Blei kann dabei sowohl durch die Atmungsorgane und durch die Haut sowie auch durch die Verdauungsorgane aufgenommen werden. Die Folgen von Bleivergiftungen sind recht verschiedenartig. Die Bleicachezie äußert sich in Blutmangel und dadurch bedingtem Blau- und Gelbwerden des Gesichtes, Abmagerung und großer Mattigkeit des ganzen Körpers. Am Zahnfleisch tritt ein bleigrauer Saum, genannt Bleisaum auf; die Zähne sind mit einem schleimigen Schleim überzogen; der Atem wird übertrieben. Bei der Bleikolik empfindet der Kranke heftige, krampfartige Leibschmerzen, verbunden bald mit qualvoller Verstopfung, bald mit Diarrhöen. Das Blei kann auch die Knochen angreifen. Dann kommt es zu starken Schmerzen in Knochen und Gelenken, manchmal auch zu schweren Knochenleiden. In anderen Fällen zeigen sich Lähmungen an den Streckmuskeln der Finger, zuweilen auch der Arme- und Beinnmuskeln. In besonders schweren Fällen wird auch das Nervensystem in Mitleidenschaft gezogen; Gliederzittern, heftige Kopfschmerzen, allgemeine Krämpfe, vorübergehende oder dauernde Erblindung, Delirium und völlige Bewußtlosigkeit leiten hier oft den tödlichen Ausgang der Krankheit ein. Auch die Schrumpfniere soll häufig mit der Bleivergiftung in ursächlichem Zusammenhange stehen. Endlich ist noch zu erwähnen, daß das Blei auch die nachfolgende Generation vernichten kann. Bleikranke Frauen haben 30 bis 50 pZt. Fehl- oder Totgeburten, und die lebendig zur Welt gekommenen Kinder leiden in den ersten Lebensjahren an erhöhter Sterblichkeit. Aber auch die Frauen bleikrankter Männer haben einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz von Fehl- oder Totgeburten.

Neben den Arbeitern im Maler- und Buchdruckgewerbe, in Schriftdruckereien sind es auch die im Feilenhauergewerbe beschäftigten Arbeiter, die der Bleivergiftung besonders ausgesetzt sind. Die Feilenhauerei wird heute noch zum großen Teil im Handbetrieb ausgeübt; auf alle Fälle erfolgt das Nachschärfen stumpf gewordener Feilen durch die Hand. Bei dieser Arbeit ruht der zu bearbeitende Feilenkörper in einer Unterlage, einem Gefenke, das seinerseits wieder auf einem Amboss liegt. Diese Gefenke wurden früher allgemein und werden heute noch häufig aus Blei oder doch aus einer stark bleihaltigen Legierung gemacht. Bei den ununterbrochenen heftigen Schlägen, die beim Arbeiten gegen den Feilenkörper geführt werden, entsteht nun eine Reibung, die von der bleihaltigen Unterlage seine Partikelchen löst, und sie als Staub in die Luft streut. Hier kommen sie beim Atmen in die Lungen oder sie dringen durch die Haut ein oder der Arbeiter führt sie beim Essen durch seine Hände, an denen Bleistaub klebt, in den Magen ein. Eine weitere Gefahr bietet auch das Härten der Feilen und Nachlassen der Feilenangel im Bleibad.

In der Feilenhauerindustrie waren bei der Berufszählung vom Jahre 1907 in 207 Betrieben 9698 Personen beschäftigt, von denen etwa die Hälfte auf die Rheinprovinz entfällt. Die Betriebe sind zum großen Teil Kleinbetriebe; nur 25 Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten wurden gezählt. Immerhin läßt sich gegen das Jahr 1895, wo nur neun solcher Betriebe vorhanden waren, ein starker Zug zur Industrialisierung, die die vermehrte Beschäftigung von weiblichen und ungelerten Arbeitskräften zur Folge hat, feststellen.

Die im Mai 1913 veranstaltete Umfrage des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde von 1890 Beschäftigten aus 347 Betrieben beantwortet. Demnach waren im Jahre 1912 40 Bleivergiftungsfälle vorgekommen. Auf die Gesamtzahl der Beschäftigten umgerechnet, würde das eine Jahresziffer von 200 Vergiftungen, oder auf 1000 Personen 20,6 Vergiftungsfälle ergeben. Wenn die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ in einer Auslassung, die sie dem „Werkblatt für Feilenhauer“ beigegeben hat, behauptet, daß jährlich nur 0,4 pZt. der Feilenhauer bleikrank werden, so ist daraus zu schließen, daß die Gesundheitsverhältnisse der Feilenhauer seit der Herausgabe jenes Werkblattes sich wesentlich verschlechtert haben.

Was ist nun gegen die Vergiftungsgefahr im Feilenhauergewerbe zu tun? Vor allem muß die größtmögliche Reinlichkeit zur Durchführung kommen. Die Werkstätten müssen jeden Tag feucht aufgewaschen werden. Für die Arbeiter müssen genügende Wascheinrichtungen sowie besondere Räume zum Ablegen und Aufbewahren ihrer gewöhnlichen Kleider vorhanden sein, während bei der Arbeit besondere Arbeitskleider zu tragen sind. Die Arbeiter selbst haben die größte Sauberkeit zu beachten. Sie müssen sich nach der Arbeit sorgfältig waschen, dürfen vor allem nicht mit schmutzigen Händen essen. Ueber diese Punkte sind sich alle behördlichen Erlasse, auch das oben erwähnte Werkblatt, völlig einig und auch die Gewerkschaften suchen ihre Mitglieder in diesem Sinne zu erziehen. Aber damit allein ist es nicht getan. Es muß überhaupt ein Verbot der bleihaltigen Unterlagen angestrebt werden. Die Organisation der Feilenhauer haben in dieser Richtung schon die größten Anstrengungen gemacht. Eine ganze Anzahl von Ausständen haben dieses Ziel gehabt. Auch die Gewerbeaufsichtsbeamten sind bemüht, auf die Unternehmer in diesem Sinne einzuwirken, mit dem Erfolg, daß auch schon eine ganze Anzahl von Betrieben die bleihaltigen Gefenke durch solche aus Zinn- und Zinklegierungen ersetzt haben. Der Beweis ist also erbracht, daß ein solcher Ersatz möglich ist. Trotzdem wird noch in der Hälfte der Betriebe etwas Blei, entweder Hart- oder Weichblei, oder auch eine Legierung von beiden verwendet. Nach der Erhebung des

Metallarbeiterverbandes bestanden in den betreffenden Betrieben die Gefenke aus

	Handhauereien	Werkhauereien
Zinn, Zink, Kupfer und andere Metalle...	221	—
Zinnkomposition (zum Teil bleihaltig)...	201	2
Bleikomposition aus Hart- und Weichblei	219	12
Hartblei	9	26
Weichblei	8	—
Zellweise in Bleikomposition	184	—
„ „ Zinnkomposition	4	—

Nach der Angabe der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ verwendet etwa nur noch der vierte Teil der Feilenhauereien reines Blei. Diese Schätzung ist also offenbar viel zu günstig ausgefallen. Um so merkwürdiger muß es aber berühren, daß der Bundesrat und auch die verschiedenen Polizeiverordnungen trotz des einstimmigen Urteils auch aller medizinischen Autoritäten davon Abstand genommen haben, einfach ein Verbot der Verwendung bleihaltiger Gefenke zu erlassen. Begründet wurde dies damit, daß für gewisse Arbeiten (Herstellung von Raspeeln) das Blei unentbehrlich wäre und daß es kein Mittel gäbe, ohne schwierige chemische Untersuchungen festzustellen, ob die Gefenke bleihaltig seien oder nicht. Die hier besprochene Schrift macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß es jetzt ein sehr einfaches Verfahren gibt, um den bleihaltigen Anteil der Gefenke zu erkennen. Im übrigen wollen die Arbeiter bis auf weiteres die Verwendung von bleihaltigen Gefenken zur Herstellung von Raspeeln gestattet wissen, bis die Versuche abgeschlossen sind, die darauf hinzielen, ein gleichwertiges Ersatzmetall zu finden. — Hoffen wir, daß die überzeugende Beweisführung der vorliegenden Schrift, die durch eine Reihe von Einzelbeobachtungen ergäuzt wird, die maßgebenden Stellen veranlassen wird, baldigt die notwendigen Bestimmungen zu erlassen, die der Bleivergiftungsgefahr im Feilenhauergewerbe ein Ende bereiten.

Die Entwicklung der Großhandelspreise in den letzten zwanzig Jahren. Das Kaiserliche Statistische Amt hat neuer wie alljährlich eine Uebersicht über die Entwicklung der Großhandelspreise während der letzten 20 Jahre veröffentlicht. Noch interessanter als die absoluten Zahlen sind dabei die Relativziffern, die auf diese Weise gewonnen wurden, daß die jährlichen Durchschnittszahlen in Beziehung gesetzt wurden mit den für einen zehnjährigen Zeitraum berechneten Durchschnittszahlen. Als Ausgangspunkt wurde dabei die Periode 1890 bis 1899 genommen. Der Durchschnitt dieser Jahre gleich 100 gesetzt ergibt dann folgendes Bild:

	1900	1907	1912	1913
Roggen, Berlin	98	131	128	111
Weizen, Berlin	88	119	126	115
Hafer, Berlin	92	126	131	112
Gerste, Danzig	99	121	141	116
Hopfen (Markt), Nürnberg ..	88	75	209	154
Kartoffeln (Speise), Berlin ..	108	125	165	127
Roggenmehl, Berlin	86	115	118	108
Weizenmehl, Berlin	86	115	114	110
Mohnöl, Berlin	96	126	145	151
Schweine, Berlin	92	106	141	140
Rälber, Berlin	117	149	181	195
Hammel, Berlin	108	144	160	176
Heringe, Hamburg	151	109	186	155
Kartoffelspiritus, Hamburg ...	97	119	141	151
Kaffee, Hamburg	57	54	105	89
Tee (Souchong), Hamburg ...	101	91	93	91
Reis (Bangoon), Hamburg ...	102	116	144	122
Schmalz, Bremen	105	135	156	166
Rohlabat (Gesamtdurchschnitt)	108	121	128	141
Wolle, Berlin	115	143	141	151
Baumwolle, Bremen	121	148	142	158
Rohseide (italienische), Grefeld	103	139	92	100
Rohjute (mittel), Hamburg ...	112	155	178	223
Eisen (Ruddele), Breslau	158	136	129	135
Blei, Berlin	150	162	153	169
Steinkohlen, Breslau	136	133	146	148
Petroleum, Magdeburg	108	104	120	121

Mit Ausnahme der beiden überseeischen Artikel Kaffee und Tee und der italienischen Rohseide, die 1913 ihr ursprüngliches Preisniveau wieder erreicht hat, weisen alle Waren eine mehr oder minder starke Tendenz zur Verteuerung auf, die ihren Preis häufig sogar über den des als Feuerungsjahr bezeichneten Jahres 1907 hinausstreift. Nur Getreide und Getreideprodukte sind gegenüber jenen Jahre wesentlich im Preise zurückgegangen; sie stehen heute auf einem Niveau, das sich um 3 bis 15 pZt. über dem der Ausgangsperiode bewegt. Eine kolossale Erhöhung haben dagegen die Viehpreise erfahren. Sie stehen jetzt um 40 bis 96 pZt. über den Ausgangspreisen. Kartoffeln sind um 27 pZt., Schmalz um 66 pZt., das Vollkornbrot mittel Hering um 56 pZt. teurer geworden. Auch die Preise für gewerbliche Rohmaterialien haben wesentlich Preiserhöhungen erfahren, von denen die für Rohjute mit 133 pZt. die stärkste ist. Kohlen kosten jetzt etwa das anderthalbfache des in den Jahren 1899/98 erzielten Preises. Das gleiche gilt für Wolle und Baumwolle. Gegenüber dem Jahre 1912 zeigen die meisten landwirtschaftlichen Produkte eine absteigende, die gewerblichen eine auffällige Preisbewegung.

Militarismus und Arbeitsmarkt. Ein beliebtes Argument der Unternehmer gegen die Fortführung der Sozialgesetzgebung ist die Behauptung, eine „noch weitere Verkürzung der Arbeitszeit“ würde den „ohnehin“ meist chronischen Arbeitermangel ganz bedeutend verstärken. Schon jetzt sei Deutschland genötigt, jährlich Hunderttausende Arbeitskräfte aus dem Auslande heranzuziehen. Wenn in der „Uebersozialpolitik“ fortgeführt würde, dann müßten wegen Arbeitermangel die Betriebe künden. In diesen Ton war auch die Rede des jaarabischen Handelskammersekretärs Dr. Schlenker auf der Hauptversammlung der süddeutschen Eisen- und Stahlindustriellen gestimmt. Dieser Echarfmacher aus der Schule des Max Kille sprach über: Arbeiterausgesetzgebung und ihre wirtschaftlichen Rückwirkungen. Der stenographierte Wort-

laut dieser von einem seltenen Unternehmerhochmut durch-

Welche persönlichen Verdienste dem saarabischen

Krafter kann man sich wohl nicht in Widersprüche ver-

Genossenschaftliches.

Die erste Generalversammlung der Volksfürsorge

trat am Sonnabend, 18. Juni, im Gewerkschaftshaus in

Demselben ist zu entnehmen, daß in der genannten

Die Prämienannahme betrug insgesamt

Der Vorstand schlug der Generalversammlung vor, für

Für die Revisionskommission des Aufsichtsrates be-

Der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wird

Sailer-Ludwigshafen fragte an, ob an der in der Presse

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Beschlussfassung über

„Für das Geschäftsjahr 1913 tritt eine Ver-

Diesem Antrage stimmten alle Aktionäre einmütig zu.

Ohne Widerspruch wurde hierauf eine redaktionelle

„Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf

Für das Geschäftsjahr 1913 verzichten die Mit-

Da der Vorstand der Volksfürsorge beim Bundesrat

„Im Falle der Liquidation ist nach Tilgung oder

Ueber die Art der Verwendung im Sinne dieser Vor-

Sämtliche Aktionäre stimmten dem Antrage zu. — Bei

Polizei und Gerichte.

Spandau. Eine von nicht weniger als 15 hiesigen

Lauf der ersten Instanz in der ersten Instanz (ver-

aller Mühe des Vertreters der Kläger, der durchaus in dem

An diesen Meinstfall nicht genug, legten die 15 Herren

Wenn man die aufgewandte Arbeit, den Zeitverlust

Galt es doch, einen offenen, ehrlichen Gegner nicht nur

Dom Ausland.

Oesterreich. Die Wiener Schriftensmaler sind

Die Aussperrung in Agram. Sei acht Wochen sind

Man auf einer Arbeit sind, da. Es wird also immer

Bosnien. In Serajewo stehen die Kollegen in

Verschiedenes.

Die Motorfahrzeuge im Deutschen Reich. Die von

Table with 3 columns: Year (1907, 1913, 1914) and categories (Kraftwagen, Kraftfahrzeuge, etc.)

Die Zahl der Motorfahrzeuge hat sich im Laufe von

Nabezu im gleichen Tempo wie die Kraftfahrzeuge selbst vermehren sich auch die beim Verkehr mit ihnen vorgekommenen schädlichen Ereignisse. Die Automobilstatistik weist für die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913 11 785 Unfälle nach, das sind 1685 oder 16,7 pZt. mehr als im Jahre vorher. Es wurden infolge der Unfälle im ganzen 6817 Personen verletzt gegen 5984 im Vorjahre, davon 501 (4,42) tödlich. Unter den nicht tödlich Verletzten befanden sich 503 Führer und 1187 Insassen von Kraftfahrzeugen, dagegen 4623 unbeteiligte dritte Personen, während den getöteten 34 Führer und 61 Insassen der Fahrzeuge 409 dritte Personen gegenüberstanden. Bei den Unfällen müssen also in den weitaus meisten Fällen dritte Personen daran glauben, die unter den Verletzten 73,2 pZt., unter den Getöteten aber sogar 81,2 pZt. aller Betroffenen darstellen. Der durch die Unfälle verursachte Sachschaden betrug nach ungefähre Schätzung M 2 771 688 gegenüber M 2 281 283 im Vorjahre.

Ueber die Weltproduktion in Büchern bringt die französische Zeitschrift „Cosmos“ eine interessante Uebersicht. In den ersten primitiven Zeiten der Buchdruckerkunst, die wir von 1438 bis 1500 rechnen, wurden schätzungsweise etwa 30 000 Bücher gedruckt, von denen 20 000 auf Deutschland, 6650 auf Italien, 2050 auf Holland und 1125 auf Frankreich entfielen. Seitdem hat sich die Bücherproduktion in folgender Weise gesteigert:

1500 bis 1600	287 000
1600 „ 1700	972 000
1700 „ 1800	1 686 000
1800 „ 1900	6 119 000
1900 „ 1908	1 395 000

Die durchschnittliche Jahresproduktion an Büchern betrug im 16. Jahrhundert 2500 Werke, im 17. Jahrhundert 10 000, im 18. Jahrhundert 16 000, im 19. Jahrhundert 60 000 und im 20. Jahrhundert 174 000 Werke. Die Bücherflut ist also unaufhörlich, und zwar im unheimlichen Tempo gewachsen. Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: daß es soviel Menschen gibt, die Bücher schreiben und Gegenstände, über die geschrieben werden kann, oder darüber, daß diese Bücher alle einen Verleger und, was noch mehr sagen will, alle ihre Leser finden. Um zu der tatsächlich hergestellten Zahl von Einzelemplaren zu kommen, müßte man die obgenannten Ziffern noch mit der Höhe der einzelnen Auflagen multiplizieren. Wir würden dann zu einer fünf- bis zehntausendmal so großen Ziffer gelangen und begreifen, daß man jedenfalls mit einem gewissen Recht unser Zeitalter das papierne genannt hat.

Fachliteratur.

Bericht der Städtischen Kunstgewerbeschule in Straßburg über das Unterrichtsjahr 1913/14. Die unter dem bekannten Direktor Professor Seber stehende Anstalt besteht aus acht Abteilungen: 1. für Dekorationsmaler,

Glasmaler, Lithographen und Kunstgewerbezeichner; 2. für Damen, die sich dem Kunstgewerbe widmen wollen; 3. für Ausbildung von Zeichenlehrern und Lehrerinnen; 4. für Modelleure und Bildhauer; 5. Lehrwerkstätte für Kunstschreinererei; 6. Lehrwerkstätte für Kunstschlosserei; 7. Lehrwerkstätte für Goldschmiedekunst und Ziselieren; 8. Lehrwerkstätte für Keramik. Dem Lehrkörper gehören außer den Hilfslehrern 16 Lehrer an, die zum größten Teil schon seit Jahren an dieser Kunstschule tätig sind. Im Sommerhalbjahr 1913 besuchten die Schule 207 Schüler, davon 65 Schülerinnen; im Winterhalbjahr 1913/14 225, davon 78 Schülerinnen. Weiter gibt der Bericht eine Uebersicht über den während des Schulljahres in den einzelnen Klassen durchgenommenen Lehrstoff, Lehr- und Stundenpläne usw.

Literarisches.

„Natur“, Halbmonatsschrift für alle Naturfreunde, Organ der deutschen und österreichischen naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Herausgeber Dr. Curt Theising. Heft 2 bis 5. Jährlich 24 Hefte mit vielen Abbildungen und fünf reich illustrierten Büchern zum Preise von M 6. Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Geschäftsstelle Theod. Thomas Verlag, Leipzig.

Von dieser wertvollen wissenschaftlichen Zeitschrift liegen uns eine Anzahl Hefte vor. Ihr Inhalt ist so überaus reichhaltig, die Beiträge sind so lehrreich, daß es uns schwer fällt, einzelnes aus der Fülle des Gebotenen hervorzuheben. Wer der Natur und ihren verschiedenartigen Erscheinungen nur das leiseste Interesse entgegenbringt, wird in dieser Zeitschrift eine unendliche Fülle von Anregungen finden. Durch den reichen Wortschmuck wird das Gesagte in trefflichster Weise erläutert, so daß hier wirklich die wertvollsten Winke gegeben werden, wie man der Natur ihre Geheimnisse ablauschen kann.

In Uebersicht werden wir durch den Artikel von G. W. Behm „Der Ursprung der Kultur“ zurückgeführt, in welchem uns gezeigt wird, wie der Menschengeist allmählich lernte, aus den gebotenen Verhältnissen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Wundervolle Aufnahmen bietet uns Professor Udo Dammer neben einem fesselnden Texte in seinem Aufsatz „Palmen“. Ueber die seltsame Erscheinung der „Sonnenfackeln und Sonnenflammen“ plaudert in anschaulichster Weise Astronom Felix Erber; er führt uns gleichzeitig in die erstaunlichen Leistungen ein, welche die moderne Astronomie mit ihren bis ins feinste ausgearbeiteten Instrumenten leistet. Ganz hervorragende eigenartig wirkende Abbildungen bietet der Aufsatz von Dr. Hempelmann „Hydroidpolypen und ihr Skelett“, die uns interessante Einblicke in den Bau der Kleinlebewelt gestatten. Auch der neue Aquariumbau des Berliner Zoologischen Gartens findet durch Dozent R. G. Baer eine eingehende Würdigung; die zahlreichen trefflichen Abbildungen gestalten diesen Beitrag besonders lehrreich.

Das ist nur ein verschwindend kleiner Teil der hauptsächlichsten Artikel. Diefem schließen sich noch eine reiche Fülle von Mitteilungen aus allen Gebieten an, regel-

mäßige Besprechungen über die Bitterung und astro-mische Erscheinungen, so daß es kaum glaublich ist, daß Gesellschaft all dies für den billigen Preis liefern kann. Wenn man außerdem noch in Betracht zieht, daß Abonnenten auf die Zeitschrift „Natur“ gleichzeitig Mitglieder der „Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft“ werden und als solche alle Vergünstigungen, wie Ermäßigungen auf die Buchveröffentlichungen der Gesellschaft, bei Vorträgen, Ferienkursen usw., ferner kostfreie Auskünfte über naturwissenschaftliche Fragen aller Art erhalten, auch die Berechtigung haben, an den Studienfahrten und Preisausstellungen (gerade jetzt ist wieder ein solches für die photographierenden Mitglieder der Gesellschaft geschrieben) teilzunehmen, so kann man nur jedem rationalen Interessierten die Mitgliedschaft als höchst empfehlenswert empfehlen. Es genügt ja nur ein Gang zum Buchhändler oder eine Karte an die Geschäftsstelle Theod. Thomas in Leipzig.

Sterbetafel.

Berlin. (Sektion der Lektierer.) Am 14. Juni 1914 unser Kollege, der Lektierer Wilhelm Wegmann geboren am 29. August 1861 zu Berlin.
Straßburg. Am 16. Juni erkrankt beim Baden der Maler Hermann Burk.
Stuttgart. Am 28. Mai starb unser Kollege Jakob Pulvermüller im 50. Lebensjahre an Schlaganfall. Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptkassse vom 16. bis 22. Juni.
Eingekammt wurden für die Hauptkassse: Göttingen M. 80, Braunschweig 200, Göttingen 500, Bamberg 200, Weimar 300, Kempten 100, Hannover 3000, Würzburg 100, Neuwied 200,10, Weiskammer 50, Danzig 500, Gießen 200, Straßburg 800, Grimnitzschau 100, Gotha 1000, Deutzen 100.

Material wurde verandt (B = Beitragsmarken, K = Kalender, E = Eintrittsmarken, D = Duplikatmarken, V = Vorkasse, F = Futterale): Bremerhaven 400, 100 A, 2000 B & 120. Dortmund 10 D. Dresden 80, Halle 2000 B & 80, 100 E. Hamm 800 B & 75, 80 Kempten 20 E. Mainz 400 V & 50. Metz 400 B & 10. Neuwied 200 B & 70, 10 E, 10 D. Rostock 1200 B & 10. Siegen 100 V & 50, 400 B & 80. Stuttgart 7 K.

Die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli ist 26. Beitragswoche. P. Wenker, Kassiere

Wer bemalt kleine, von mir gelieferte Glanzfarben in zwei Farben? Fritz Mühlmann, Oldenburg b. Altrahstedt, Bange Alle 2.

Viel Vorteil

verschafft sich jeder Maler beim Gebrauch von Korns Spachtel-Schmutzfräger, D. R. P. Praktisch, glänzend begünstigt. Preis M 1. M. Korn, Hamburg 8, Sudwitzerstr. 2, 1. Et.

101 Vorlagen (19:13 cm): Ornamente, Figuren, Blumen, Landschaften usw. nebst vollständiger Anleitung zum Zeichnen und Malen, praktisch zum Selbstunterricht, M 2,25.

Die Holzmalerei, 12 Tafeln (28:24 cm) und Farbe, nebst Anleitung, M 2,25, Porto 50 H.

36 Tafeln (23:15 cm) moderne Dekorationen, Plakat- und Firmenschriften nach den neuesten Formen, einfach, veraltet und mehrfarbig, M 3,65.

Die Firmen- u. Glasbildmalerei, 2. Aufl. (28:16 cm), 38 Seiten nebst vielen Mustern und ausführl. Anleitung M 2,10. — Voreinsendung oder Nachnahme.

Georg Dickhaut, Fachverlag, Frankfurt a. M., Lauenstr. 28.

Buchstaben-Baujen, womit jeder, sogar ein Anfänger, ohne jedes zeichnerische Talent u. ohne lange Übungen eleg. u. vornehme Schilderarbeiten herzustellen kann. Ganze Serie: 6 Doppelhefte, in Höhe u. 3, 5, 7, 10, 15 u. 20 cm, jed. Heft 25 gr. u. 25 H. Buchst. nebst dazu pass. Zahlen nur M 4,75 p. Buchst. Gimm. Buchst., immer verwendbar. Alle Hefenmacher, Gilden b. Düsseldorf.

Im Verlage Georg Meyer, München-Pasing, erscheint in 5. Auflage:

Malvorlagen für Dekorationsmaler (12 farbige Tafeln) M 8. Die Malvorlagen sind für jeden strebsamen jungen Maler unentbehrlich und von größtem Nutzen.

Schriften für Maler (12 Tafeln mit Text) M 6 herausgegeben von Moritz Bauer, Schriftsteller und Fachlehrer.

Die Schriften für Maler sind von unschätzbarem Wert für jeden Maler, der das Zeichnen von Schriften und Firmen tollrecht erlernen will. In meinem Verlage erscheint auch die **Münchener Malerzeitung** im 11. Jahrgang. Preis M 6 jährlich. Die „Münchener Malerzeitung“ erscheint monatlich einmal und bringt im Jahre 12 farbige Tafeln. Probennummer gratis. Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Maler-Mäntel erprobte Qualitäten, bequemer Sitz, Qual. III M 2,50, II M 2,75, I M 3, Messal-Jacks M 1,75, Messal-Hosen M 1,75, Glatte Mäntel ohne Falten M 2,50, 4, 4,50. Als Maß erbitte sog. Militärgröße.

Julius Hammerschlag Halle a. d. S. S., Gr. Ulrichstr. 38.

Ein köstlicher Gedanke, wenig getragene Herrankleider, vom feinsten Publikum stammend, für nachstehend billige Preise erhalten zu können.

Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge von M 12,- bis 40,-
Frühjahrs- und Sommer-Überzieher von M 6,- bis 40,-
Gehrock- und Frack-Anzüge von M 15,- bis 50,-
Smoking-Anzüge von M 22,- bis 50,-
Einzelne Hosen oder Saccos von M 3,- bis 12,-

Verlangen Sie sofort meinen illustrierten Prachtkatalog Nr. 13 gratis und franko.
Für nicht zugängende Waren erhalten Sie anstandslos das Geld zurück.


Spezial-Versandhaus für Herrenkleider vom besten Publikum stammend

L. Spielmann München, Gärtnerplatz 1 u. 2
Telephon 2464. — Telogr.-Adresse: Spielmann, München, Gärtnerplatz.

Sämtl. Farben u. Lade, Schablonen
Porenrollen Paar M 6,- und M 5,-, Schwammrollen & M 3,-, Durchziehbürste „Practicus“ M 5,-, Schriftenwerke 80 A bis M 20,-. Intarfen usw.

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.

Die große **Fachzeitschriftenschau** auf der **Buchgewerblichen Welt-Ausstellung** Leipzig 1914, Mai-Oktober bringt zum Anhang des **Vereins-Anzeiger**



Schriftenwerk
Prakt. Schriftzeichen von König & Vorlagen zu M 2,50, 1,50 und —, Non! Die Schrift, 24 Tafeln M 2.

Albert Kern, Nürnberg
Peter Stet Nachf., Obere Wörthstr. 1.

Glomkes Städtebuch
Vermehrt und verbesserte Ausgabe, Herausgeber v. Deutshl. u. angst. Städte-Gesell. u. Vegetaris. 200 S. Geb. M 1. In allen Buchhandl. zu hab. od. geg. von M 1,70 bei G. Glomke, Bielefeld.

Schablonenstanzeisen, runde, ovale, bogenförmige, gerade, 1 Satz (40 Eisen) u. Verlangen Sie Schnittprobe von E. Kästner, Dresden-N., Löbauer Str. 10.

Maler-Mäntel, weltberühmt in S. Haltbarkeit u. Sch. Direkter Versand an jedermann ab 10 L. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen. Emil Hofffeldt, Spez.-Fabr. f. Berufs-M. Ritterstr.

Sämtl. Maler-Artikel in Ia Qualität zu billigen Preisen. Bei größeren Bestellungen ein Lehrbuch für Holzmalererei gratis. Verlangen Sie Preisliste.

Leonhard Delschlegel, Nürnberg Bergabelshof.

Maler-Mäntel
110 120 130 cm (lang)
M 5,- 3,20 2,40
Solen M 2,-, Drell-Jacken 3,25, 2,50, 2,00, 1,50, 1,00, 75 Pf., 50 Pf., 25 Pf. Oberweilen bitten anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin Brückenstraße 13, 1. Et.

R. Göttsch, Buchst.-Fabr. Braunschweig, Gohpater 10 Paar & 20 A.
Der heutigen Nummer liegt bei des „Correspondenzblattes“ bei.

Abbeiz-Salbe **ges. Colorabit** **gesch.**
überaus billig im Gebrauch und unüberwinnlich in der Wirkung, greift weder Holz noch Metalle an.
Alleinige Fabrikanten: **Chemische Industrie G. m. b. H. Biberach-Riss.**
Vertreter an allen Plätzen gesucht.

